

**Mitschrift vom 3. Forum Behindertenpolitik:  
Teilhabe in der Kommune „Nichts liegt näher?!“  
des dbb beamtenbund und tarifunion**

**Teil 2: 29. April 2015**

(Katja Weber)

Schön guten Morgen, herzlich willkommen zum zweiten Tag, ich hoffe, Sie haben den gestrigen Tag gut verdaut und konnten das Gehörte sacken lassen. Ich freue mich zu sehen, dass wir in vergleichbarer Anzahl wieder vertreten sind. Herzlich willkommen zum Tag zwei 3. Forum Behindertenpolitik unter der Überschrift: Teilhabe in der Kommune.

Was erwartet Sie heute? Ein kleiner Ausblick: Behindertenpolitik, das wissen Sie wahrscheinlich am besten, wird jeden Tag gemacht, z. B. vor Gericht oder vor Ort in den Kommunen. In diese beiden Aspekte wollen wir heute mit zwei Fachvorträgen tiefer einsteigen, eben in die Rechtsprechung zu unserem Thema und in das praktische Tun in einer Gemeinde. In der abschließenden Podiumsdiskussion soll es um die Pflegebedürftigkeit im Alter gehen. Gestern deutete sich das ab und zu schon an, dass das ein Thema ist, das von unserer Überschrift kaum zu trennen ist.

Jetzt erst einmal zu unserem ersten Referenten, Stephan Rittweger, er ist Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht in München, er hat auch einen Band zum Lesen mitgebracht, möglicherweise bekommen wir ein juristisches Proseminar, ich weiß es nicht genau. Wir brauchen jedenfalls nicht ganz viel Phantasie, um uns vorzustellen, dass es in der Rechtsprechung um die korrekte Auslegung dieses Buches geht, des Sozialrechtes, somit auch des Behindertenrechtes. Und mit welchen Problemen und Fragestellungen er und seine Kolleginnen und Kollegen in der täglichen Arbeit konfrontiert werden, das hören wir in der nächsten Dreiviertelstunde von Stephan Rittweger, danach besteht natürlich wieder die Möglichkeit nachzufragen. Bitte schön.

(Stephan Rittweger)

Herzlichen Dank und auch danke, dass Sie mich eingeladen haben und dass ich vor Ihnen sprechen kann, mein Thema ist Aktuelle Rechtsprechung und Behindertenpolitik in der Kommune. Was habe ich dazu mitgebracht, ich habe Ihnen mitgebracht zu unserem Sozialgesetzbuch die Frage: Wie sieht es aus mit der Auslegung des Gesetzes, was bedeutet es für uns, was bedeutet es für den Behindertenbegriff? Ich habe Entscheidungen mitgebracht zur Teilhabe an der Bildung und natürlich auch zum Bedarf.

Ich habe allerdings gestern mit Ihnen zusammen gemerkt, Sie sind sehr engagiert, Sie sind sehr engagierte Vertrauensleute der Schwerbehinderten und das Thema § 95 Abs.2, die rechtzeitige umfassende Teilhabe der Schwerbehindertenvertrauensfrauen und -männer liegt Ihnen am Herzen. Ich denke, Ihr Engagement, was Sie gestern gezeigt haben, da gehört es sich einfach, Ihnen Rechtsprechung zu diesem Thema vorzustellen und mit Ihnen zusammen anzugucken: Wie ist die derzeitige Auslegung dieser Regelung? Müssen wir etwas ändern in der Gesetzgebung? Das ist ein Thema, was ich Ihnen anbieten würde, wenn es Sie interessiert, dann würde ich es außerhalb von meinem eigentlichen Plan aufgreifen. (Applaus) Gut, das nenne ich mal eine Abstimmung, wunderbar, prima, na dann gucken wir es uns an. Klasse.

Vorneweg natürlich: Wie sieht es aus, was müssen wir dazu wissen zur Auslegung des Gesetzes? Warum habe ich Ihnen das hier mitgebracht, dieses Buch ist für mich die blanke Sensation. Wie viel gesetzlich Krankenversicherte haben wir in Deutschland? 60 Millionen? 70 Millionen? Und das bisschen Sozialgesetzbuch V reicht aus, um deren Rechte zu regeln. Überhaupt: Der gesamte Sozialetat, jedes Jahr 400 Milliarden Euro. Das Geld kommt rein und wird ausgegeben und alles das kann hier in diesem Buch allein geregelt sein. Wie geht das, wie kann das funktionieren? Warum geht das überhaupt? Deswegen: Der Gesetzgeber schreibt nicht jeden einzelnen Fall in dieses Gesetzbuch hinein, sondern er benutzt unbestimmte Rechtsbegriffe, abstrakte Rechtsbegriffe. Die muss man auslegen und wer legt die aus? Das heißt für mich ist es immer wieder eine Frage, wie ist der Hilfebedarf zu verstehen, was ist eine notwendige Leistung, was geht über das Maß des Notwendigen hinaus, was ist erforderlich, was ist angemessen? Hier geht es darum, diese unbestimmten Rechtsbegriffe zu konkretisieren und überhaupt verständlich zu machen, weil alles das muss ich verstehen können, ich kann es erst dann verstehen, wenn ich dazu Urteile habe, deswegen ist dieser Auslegung und das Verständlichmachen von abstrakten Rechtsnormen für mich die vornehmste Aufgabe unserer Gerichte. Dass wir darüber hinaus noch andere Sachen machen und dass wir auch manche Sachen gar nicht erst durch Urteile entscheiden, dass wir manche Sachen anders richten, dafür sind wir Richter.

Was haben wir gemacht mit unserem abstrakten Rechtsbegriff der Beteiligung nach § 95 Abs.2? Greifen wir das gleich Thema auf. Was sagt uns § 95 Abs.2 Sozialgesetzbuch IX? Es sagt, dass in allen Angelegenheiten, die einen einzelnen oder die schwerbehinderten Menschen als Gruppe berühren, unverzüglich und umfassend die Schwerbehindertenvertrauensleute zu informieren und zu beteiligen sind und in der Norm dazu, die das Ganze flankiert mit einer Ordnungswidrigkeit, heißt es: Ordnungswidrig handelt, wer die Schwerbehindertenvertretung nicht richtig, nicht vollständig und nicht rechtzeitig beteiligt.

Was hat die Rechtsbrechung draus gemacht? Schauen wir uns die unbestimmten Rechtsbegriffe an. Das erste Urteil, was ich Ihnen dazu mitbringen muss, ich bin nur der Bote (Lachen), das ist eine Entscheidung vom Bundesarbeitsgericht, sie ist im arbeitsgerichtlichen Verfahren ergangen, sie ist vom 14. März 2012, Az. 7 ABR 67/10, also der 7. Senat in ABR-Sachen. 67/10. Was war der Hintergrund der Entscheidung? Worum ging es? Ein Arbeitgeber hat Personal abgebaut und natürlich auch Schwerbehinderte abgebaut, wie macht man so etwas? Über den Kündigungsweg oder durch Aufhebungsverträge, das ist das Nachhaltigere, das ist das, was dauerhafter ist. Wie wurden die Schwerbehindertenvertrauensleute beteiligt? Gar nicht. Dagegen hat sich die Schwerbehindertenvertretung gewandt, ist vor das Arbeitsgericht gezogen und hat ein Verfahren angestrengt mit dem Ziel festzustellen, dass der Arbeitgeber das nicht darf. Dazu die Entscheidung vom Bundesarbeitsgericht, die sagen: Ja, ja, das ist schon richtig, da steht etwas drin: „Angelegenheit“, die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist eine Angelegenheit, die den Schwerbehinderten natürlich betrifft, klar, aber –, wenn wir Juristen anfangen mit: „Ja, aber –“, dann heißt es Obacht oder noch besser: Öha.

Was sagt das Bundesarbeitsgericht dazu? Man muss weiter lesen, im zweiten Satz, der darauf folgt steht ja: Wenn etwas ohne die Beteiligung der Vertrauensleute geschehen ist, dann muss die Schwerbehindertenvertretung aussetzen und nach sieben Tagen ist endgültig zu entscheiden. Also es geht um eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes und die Aufhebung eines Arbeitsverhältnisses ist keine Entscheidung, sondern ein Vertrag.

Au weia, ich bin das erste Mal auf dieses Thema gestoßen 1996, und natürlich noch vorher, weil die Nichtbeteiligung der Vertrauensleute, nicht, dass ich etwas Falsches sage, kommt in den besten Häusern vor (Lachen), wirklich bis in die allerobersten Ebenen, auch da, wo man es nicht erwarten würde. Ich bin zum ersten Mal darauf gekommen durch mein Sonderthema Altersteilzeit, seit 1996 gibt es die Altersteilzeit, Altersteilzeitvertrag, natürlich ist das etwas, was die Schwerbehinderten als Gruppe aber auch als Einzelne betrifft, und das ist auch ein Beendigungsvertrag, weil über die Altersteilzeit beendige ich das Arbeitsverhältnis. Ich gehe über die Freizeitphase in die Rente. Nach dem, was das Bundesarbeitsgericht gesagt hast, nein, muss ich nicht die Schwerbehindertenvertrauensleute beteiligen, warum? Weil es ist keine Entscheidung, sondern es sind zwei Unterschriften. Mein lieber Scholli. Sie kennen alles, was dazu gehört, diese Geschichten mit Aufstockung und anschließend, ich muss ja exakt in die Rente gehen können, all diese Sachen, da brauche ich kompetente Beratung dazu. Das würde heißen, umfassend zu beteiligen, Sie rechtzeitig so einzuschalten, dass Sie das beraten können, was zu beraten ist. Da sagt das Bundesarbeitsgericht nö, nö, brauchen wir nicht.

Das ist der erste Punkt, wo ich mir gedacht habe: Was ist eigentlich die Intention von dieser Beteiligung nach § 95 Abs. 2 SGB IX? Was soll es machen, was soll die Beteiligung bedeuten? Es soll dazu führen, dass die Schwerbehinderten mit all ihren Rechten so im Betrieb sind, wie sie dahin gehören. Wenn es aber dann Behandlungswege gibt, die ausgenommen werden von dieser Beteiligung, dann habe ich einen ganz großen Bereich nach meiner Meinung, Entschuldigung, es klingt immer blöd, wenn ein Sozialrichter dem Bundesarbeitsgericht ins Schienbein tritt, dann ist die Funktion von dem, was gewollt ist, im Gesetz nicht erfüllt.

Die zweite Entscheidung, die ich Ihnen dazu mitgebracht habe, ist nicht im Arbeitsrecht ergangen, sondern im öffentlichen Dienstrecht, das ist ein Beschluss vom Obergericht Berlin-Brandenburg, das Urteil ist ergangen am 26. 4.2012, das Az. 6 B5.12. Worum war es gegangen? Die Entscheidung ist so im Einzelfall wie sie ergangen ist vollkommen richtig, das brauchen wir nicht diskutieren, das ist auch nicht meine Intention. Worum war es gegangen? Es ging darum, man hat jemanden eingestellt und später festgestellt, da ist etwas verkehrt gewesen, er hat bestimmte Sachen verschwiegen. Jetzt ging es darum, wie geht man mit dieser Einstellung um, was ist da zu tun, wie ist die Entscheidung? Die Entscheidung vom Oberlandesgericht ist die: Ein etwaiger Verstoß gegen § 95 Abs.2 ist im Ergebnis ohne Bedeutung, wenn die Anhörung spätestens im Widerspruchsverfahren nachgeholt wird. Na klasse! (Lachen) Damit ist der Ordnungswidrigkeitentatbestand, nicht rechtzeitig zu beteiligen, Makulatur. Dann ist das, was im Gesetz drin steht, einfach nicht erfüllt. Deswegen, weil, was ist, wenn ich im Widerspruchsverfahren nachholen kann? Bin ich dann rechtzeitig, bin ich dann so zeitig drin, dass ich als Vertrauensmann/Vertrauensfrau das in die Wege leiten kann, was in die Wege zu leiten ist?

Das dritte Urteil, was ich dazu mitgebracht habe: Die Entscheidung vom 17.8.2010 vom 9. Senat des Bundesarbeitsgerichtes, 9 ABR 83/09. Worum war es gegangen, was ist der Hintergrund? Der Hintergrund war folgender, es sollte eine Stelle besetzt werden, eine Stelle mit Personalführungsfunktion. Wer ist nicht beteiligt worden? (Lachen) Blöde Frage. Klar, wie die Antwort darauf ist. Darauf hin hat man gesagt: Ne, ne, das geht nicht, wir setzen aus, könnt das nicht machen, das geht nicht, weil, wenn jemand in Personalführungsfunktion ist, dann entscheidet er ja immer Sachen, die die

Schwerbehinderten im Allgemeinen oder als Gruppe im Betrieb betreffen. Sie nicken alle. Nö, nö. (Lachen) Das Bundesarbeitsgericht sagt: Nur –, ja, aber – Obacht, nur dann, wenn diese Personalführungsstelle einen Bezug zum Schwerbehindertenrecht hat. Jetzt weiß ich es ganz genau, oder? Öha. Auch da frage ich mich, was ist die Intention vom Gesetz? Was ist damit gewollt? Und ist diese Auslegung, so, wie sie die Rechtsprechung macht, in Ordnung? Oder ist es das, was ich mit den Zielen des Gesetzes in Übereinstimmung bringen kann?

Ich will Ihnen nicht verschweigen, dass das Bundesarbeitsgericht sich offenbar ein bisschen bewegt, es gibt zwei Entscheidungen, wenn es darum geht, über Bande zu spielen. Was heißt über Bande zu spielen? Ich habe Ihnen zwei Entscheidungen mitgebracht, bei dem einen geht es um die Entschädigung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, wenn jemand sich beworben hat, aber wegen einer Schwerbehinderung abgelehnt wurde, dann gibt es eine Entschädigung und dazu gibt es eine Entscheidung vom 22.8.201 Aktenzeichen ist 8 AZR 574/12. Die Nichtbeteiligung der Schwerbehindertenvertrauensleute, das ist dann ein Indiz für eine Benachteiligung im Sinne des AGG, so dass ich leicht einen Anspruch auf Entschädigung bekomme. Noch einmal langsam zum Mitdenken. Worum geht es? Es geht um einen wahrscheinlich zu Unrecht abgelehnten Bewerber, der kriegt eine Entschädigung, warum? Weil Sie nicht beteiligt worden sind. Das ist mal wieder hinten durch die kalte Küche ins Wohnzimmer geschlichen. An der Stelle sagt man, Ihre Beteiligung hat schon Sinn.

Und die letzte Entscheidung, die ich Ihnen mitgebracht habe, ist vom 23. 6. 2010, 7 ABR 3/09, und zwar dann, wenn Sie nicht nach § 81 Sozialgesetzbuch IX beteiligt worden sind, dann darf der Betriebsrat seine Zustimmung verweigern.

Sie merken, irgendwo hat sich das Bundesarbeitsgericht in seiner eigenen Rechtsprechung nicht ganz wohl gefühlt, denn ansonsten hätte man diese Um-die-Ecke-Entscheidungen wahrscheinlich nicht so getroffen, wie man sie getroffen hat.

Um es zusammenzufassen und das Resümee zu ziehen, der erste Punkt: Wann bin ich rechtzeitig im Sinne des Gesetzes beteiligt worden? Das kann ich alles im Widerspruchsverfahren oder später irgendwann einmal nachholen. (Lachen) Zweiter Punkt: Und was ist, wenn es nicht um eine einseitige Maßnahme geht, sondern um Unterschriftsmaßnahmen, was ist dann? (Lachen) Weg. Wunderbar, dann haben Sie die wesentlichen Punkte aus der Rechtsprechung dazu mitbekommen, dann ist das bei Ihnen angekommen, was tatsächlich ankommen sollte.

Und schließlich die dritte Entscheidung, die mit der Personalführungsfunktion. Personalführung hat mit Schwerbehinderten – was zu tun? (Lachen) Wenn ich mir das angucke, wenn die Rechtsprechung diese Norm so ausgelegt hat, wie ich sie Ihnen vorgestellt habe, ist damit tatsächlich das erreicht worden, was erreicht werden sollte? Wenn Sie sich da engagieren, dass im Rahmen von den Beratungen zum Teilhabegesetz, dass da eine andere Regelung kommt. Man sagt ja, das hat das Oberverwaltungsgericht Berlin ja alles schon geklärt. Nein, eben nicht geklärt! Man hat gesagt, es hat einen anderen Hintergrund. Es gibt ein schlimmes Wort, das stammt von ganz früher, als ich klein war, da waren Sie nicht die Vertrauensleute, sondern die Krüppelvertreter, und manchmal hat man das Gefühl, das Wort ist noch immer im Hintergrund. Nein, Sie sind keine Krüppelvertreter, sondern Sie vertreten engagiert die Interessen von Schwerbehinderten, also muss man Sie auch so beteiligen, dass Sie diese

Aufgabe wahrnehmen können.

Wir kommen von der Rechtsprechung, vom Bundesarbeitsgericht nicht weg, es ist einfach so. Was ist zu tun, was kann man machen? Die Rechtsprechung kann sich ändern. (Lachen) Sie kennen uns Juristen. (Lachen) Das sind wir extrem konservativ. Die Rechtsprechung kann sich ändern oder aber der Gesetzgeber muss tätig werden.

Na gut, dann würde ich diesen Teil abschließen, und es für die Diskussion belassen, dass wir es noch einmal näher anschauen, was sind Sie? Sind Sie die Vertrauensleute oder die Krüppelvertreter?

Was ist noch mitzubringen, was habe ich noch mitgebracht? Ich habe Ihnen noch mitgebracht die Frage: Was hat die sozialgerichtliche Rechtsprechung geleistet, hat sie ihrer vornehmsten Aufgabe entsprochen? Ich habe Ihnen hier einen Auszug mitgebracht aus dem Bericht zur UN BRK, der gestern schon mehrfach angesprochen ist. Er liegt in Englisch vor und ist vom 17.4.2015. Da geht es darum: Inwieweit haben die einzelnen Länder, die in den Vereinten Nationen organisiert sind, die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention angepackt, wie weit sind die gekommen? Und einer dieser Sätze heißt: In der Bundesrepublik wird es dem Staat und den Ländern aufgegeben, den neuen Begriff der Behinderung umzusetzen, hier sind noch Defizite in Deutschland. Diese Defizite müssen wir uns leider auch in der Rechtsprechung zuschreiben lassen, warum? Wir haben eine Änderung des Behinderungsbegriffs, es geht ja nach dem, was die UN sagen, nicht mehr um die Funktionsstörung als Ausgangspunkt für den Begriff der Behinderung, sondern um die Teilhabe. Wie bin ich durch meine Behinderung daran gehindert, als ganz normaler Teil unseres alltäglichen Lebens da zu sein? Es geht nicht darum, welche Körperfunktionen ist gestört, so der bisherige Begriff, sondern es geht darum: Was ist zu tun, damit ich so da sein kann, wie ich bin als ganz normaler Teil unseres alltäglichen Lebens?

Hier wären wir eigentlich aufgerufen gewesen, Welti hat hier ja auch schon gesprochen im Forum, der Herr Masuch, der Präsident vom Bundessozialgericht fordert das auch, dass wir uns in diesem Behindertenbegriff bewegen und etwas Neues dazu finden, das haben wir leider nicht gemacht, wir sind auch beim Behindertenbegriff, bei den Hilfsmitteln nach wie vor in der bisherigen Kategorie drin, was heißt bisherige Kategorie? Darf ich Sie als Beispiel nehmen? Der Rollstuhl gehört zum indirekten Behinderungsausgleich, das, was Otto Bock draußen hat, Prothesen, die direkt am Bein dran sind, das ist der direkte Behinderungsausgleich. Warum? Es geht um die Funktion Gehen, und wenn ich eine Prothese direkt am Bein habe, damit wird die Funktionsbehinderung des Nicht-gehen-Könnens direkt ausgeglichen. Mit dem Rollstuhl indirekt, Sie gehen nicht damit, Sie fahren. Wo ist der Unterschied? Im Leistungsumfang, wenn es um den direkten Ausgleich geht, um alles, was man machen kann, damit die Behinderten fast gleichgestellt sind mit einem Nichtbehinderten. Und im indirekten Behinderungsausgleich geht es um die Grundbedürfnisse. Da wären wir eigentlich aufgerufen gewesen hinzugehen und zu sagen: Halt, hier sagt die Behindertenkonvention, als Auslegungsziel ist etwas anderes da, wir haben es noch nicht gemacht. Vielleicht liegt es noch vor uns, sind wir optimistisch, vielleicht kommt es noch.

Was haben wir gemacht, was ist geschehen, was habe ich mitgebracht, drei Entscheidungen, die mir bemerkenswert erschienen sind. Das erste stammt aus Schleswig Holstein und ist vom 26. März 2014, es war ein Eilverfahren, auch bezeichnend

in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung, dadurch dass unsere Hauptsacheverfahren so lang sind, kommt der Schwerpunkt immer mehr auf die Eilverfahren. Es ging um jemanden, der hatte Dyskalkulie und Legasthenie, wenn man das kennt, es ist schrecklich, die Betroffenen lesen zum 7. die Zahl 55, schreiben Sie zum 8. Mal und beim 9. Mal ist es ihnen immer noch fremd. Das ist mit der Legasthenie ähnlich. Man liest, vorrücken, vorrücken, vorrücken, zehnmal, weiß, wie es geschrieben wird und beim 11. Mal gehen die Buchstaben schon wieder durcheinander. Worum ging es? Schleswig Holstein, 5. Klasse, ein elfjähriges Kind, das Vorrücken war nicht gefährdet, weil man in der Orientierungsstufe sowieso verrückt und außerdem war nur ein Fünfer da. Der Fünfer in Mathe, in Deutsch ein Vierer, in Sport z. B. ein Zweier. Damit war das Vorrücken nicht gefährdet. Worum ging es? Um eine spezielle bei Legasthenie und Dyskalkulie. Was hat der Träger gesagt? Er hat gesagt: Nein, das Vorrücken ist nicht gefährdet. Was hat das Gericht gesagt? Halt, es geht um etwas anderes. Zentraler Begriff diese Hilfeleistung ist nicht das Vorrücken, sondern die Teilhabe an der Bildung. Das Mitkommen im Klassenverband. Das Nicht-Zurückbleiben, das Dabeibleiben. Bildung ist etwas anderes als Rechnen und Schreiben und Lesen. Bildung ist mehr. Bildung ist auch das Erlernen von sozialem Umgang in der Schule mit den Freunden und den Schulkameraden. Und wenn ich hinten bleibe und immer ausgegrenzt werde, dann ist das Ziel der Teilhabe an der Bildung nicht erreicht. Deswegen hat man diese Hilfe zugesprochen.

Die zweite Entscheidung, die ich Ihnen mitgebracht habe, stammt aus Schwaben. (Lachen) Schon im Schwabenspiegel, alter deutscher Rechtsgrundsatz, heißt es: Mir gäbet nix. (Lachen) worum ging es? Die beiden hier waren von ihrer Heimatstadt umgezogen nach B-Hausen. Von B-Hausen gibt es zwei Schulen, die man erreichen kann. Zu der einen Schule in A-Stadt betragen die Fahrtkosten 66,50 € und zur anderen Schule in C-Stadt betragen die Fahrtkosten 71,50 €. Bisher waren sie in B-Stadt. Worum ging es? Es ging um die 71,50 €. Wie viel Unterschied sind das? (Lachen). Gut. In Bayern gibt es einen Rechtsgrundsatz, der heißt: Kinder in dem Alter, mit 11, 12 Jahren, haben den Grundsatz der Schulwegsfreiheit, das gehört mit zur Schulbildung dazu, aber die besagt: Ich darf nur die nächstgelegene Schule besuchen. In dem Moment, wo ich die weiter weg gelegene Schule besuche, kommt der Grundsatz: Mir gäbet nix. Genau. Gar nichts. Was haben sie eingefordert? Sie haben gesagt: Halt, ich will wenigstens die 66,50 €. Sie haben gar nicht verlangt, dass die 71,50 € bezahlt werden, sondern die 66,50 €. Den billigeren Satz. Das hatte der bayerische Verwaltungsgerichtshof vor einen paar Jahren auch abgelehnt, er sagte: Nö, das ist so. Mir gäbet nix. (Lachen) Es ist inzwischen beim BSG oben am 14. Senat. Das Aktenzeichen habe ich Ihnen mitgebracht. Der Senat hat es zugesprochen, er hat gefragt: Worum geht es? Es geht um den Bedarf. Den Bedarf muss ich haben, der muss mir bleiben und wenn ich jetzt von meinem Bedarf vollständig 71,50 € abgezogen bekomme, dann ist mein Bedarf nicht mehr gedeckt, so dass ich die Fahrtkosten zumindest in Höhe der streitigen 66,50 € bekomme. Die Entscheidung ist deshalb bemerkenswert, weil man zum ersten Mal nicht hingegangen ist und sich die Norm angeschaut hat, wenn ich nicht den kürzesten Weg fahre, dann gibt es nichts, sondern dass man gesagt hat: Halt, worum geht es? Es geht um den Bedarf, es geht um die Teilhabe an der Bildung. Das heißt, man fängt doch an, sich zu bewegen, sich hin zu bewegen zu dem Begriff der Teilhabe.

Die letzte Entscheidung, die ich Ihnen mitgebracht habe, ist mal wieder ergangen zur der Frage Schulbegleitung. Was ist Aufgabe der Schule? Und wie ist es mit der Schulbegleitung? Was ist eine Sonderaufgabe? Worum ging es? Es sind immer solche Fälle, wo man sagt: Der arme Kerl, was hat der eigentlich für ein Schicksal? Die Mutter

war alkoholkrank und wegen der Alkoholkrankheit während der Schwangerschaft war das Kind schwer geschädigt. Man hat jemanden gebraucht in der Schule, nicht zum Lernen, sondern zum Einpacken von den Griffeln [Schreibgeräten, Anm. von B. K.-H.], zum Auspacken des Pausenbrottes, zum Rausgehen, zum vernünftigen Verbringen der Pause und zum Reinkommen nach der Pause. Also eigentlich ging es um die Unterstützung, ein einfaches strukturiertes Leben zu führen, damit ich überhaupt lernen kann. Und es geht wieder um die berühmte Frage: Halt, Moment, das Einhalten von den Pausen ist eigentlich Aufgabe der Schule. Pädagogik bedeutet auch, dass ich in der Schule lerne, , wie wir miteinander umgehen und wie ich mich an Regeln halte. Hier die Entscheidung, auch wieder eine Eilentscheidung, sie sagt: Ich muss mir einfach angucken, worum geht es? Wenn ich in der Schule Bildung vermitteln will, muss ich vorher organisiert sein. Und das ist ein Sonderbedarf, das ist eine Sonderhilfe. Wenn ich diese Sonderhilfe nicht bekomme, habe ich keine Chance zur Teilhabe an der Bildung.

Ich habe Ihnen noch einen Satz mitgebracht, der unsere vornehmste Aufgabe als Gerichte umschreibt. Die Auslegung des Gesetzes. „Die Kompetenz zum Setzen und zum Auslegen von Gesetzesrecht teilt das Grundgesetz auf Gesetzgeber und Rechtsprechung auf. Wenn das Gesetz im Bundesgesetzblatt verkündet ist, kann der Gesetzgeber nicht mehr ergänzend und erläuternd seine Entscheidung interpretieren. Doch der Rechtsstaat wird nicht sprachlos. Er hat ein eigenes Organ: die Rechtsprechung, um mit dem betroffenen Bürger über die Auslegung des Gesetzes zu sprechen und diese letztverbindlich zu entscheiden.“ Diese Aufgabe habe ich Ihnen kurz vorgestellt. Wir haben es geschafft, uns teilweise zu bewegen und uns auch in die Richtung hin zu bewegen und zu schauen, was haben wir getan, was haben wir an Behindertenrechtskonvention, an Auslegungsfähigkeit, worum geht es? Es geht um die Teilhabe und nicht mehr um die Funktionsstörung, sondern um die Teilhabestörung. Und das haben wir zum Teil erreicht. Damit ist noch natürlich unsere Aufgabe als Gerichte nicht vollständig erfasst.

Ich muss Ihnen noch eines berichten. Das Recht auf Sparen. Worum ging es? Der Jurastudent, schwer behindert, ist im Rollstuhl unterwegs mit Joysticksteuerung, er hat im Übrigen ein prima Examen abgelegt, er ist inzwischen ein Kollege, er ist Referendar in Kempten. Er hat eine Begleitung gebraucht für das Studium. Mit dieser Behinderung konnte er kaum durch die Hörsäle kommen, seine Gesetzesbücher blättern, seine Entscheidungssammlungen aufstellen, das Ganze miteinander vergleichen, die Rechtsprechung online haben usw. Er brauchte einfach Hilfe dafür. Und die kostet natürlich, weil ein Jurastudium ist extrem zeitaufwendig. Er hatte noch 12.000 € von der Oma. Und jetzt genau der Punkt. Wie ist es vor Gericht ausgegangen? Zwei Kamerateams waren bei uns im Sitzungssaal. Ich brauche nicht viel zu sagen. Die 12.000 € hat er immer noch. (Lachen) Und er ist jetzt Referendar. Gut.

Hohe Worte, das war kurz zusammengefasst, was hat die Rechtsprechung bewegt, wo ist der Gesetzgeber möglicherweise aufgerufen, tätig zu werden und die Gesetze zu ändern. Ich wollte Ihnen mitgeben und plastisch darstellen, was bedeutet Rechtsprechung für die Politik? Ich glaube, es ist mir gelungen, und wenn nicht, dann schmeißen Sie es einfach weg. Herzlichen Dank! (Applaus)

(Katja Weber)

Herzlichen Dank für den Vortrag und den Rat am Ende, wahrscheinlich empfiehlt es sich, wenn man schwerbehindert ist, ein Jurastudium anzustreben, dann kann man sich im

Zweifelsfall selbst durch den Wälzer arbeiten und ist weniger auf Unterstützung in dieser Hinsicht angewiesen. Nicht jeder kann das natürlich tun. Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis geben: Nicht nur die komplette Veranstaltung wird dokumentiert, mit den Powerpoint-Folien, der Verschriftlichung und dem Audiomitschnitt. Im vergangenen Dezember ist die neue Ausgabe erschienen von „Rechtsprechung zum Schwerbehindertenrecht“, der dbb hat das zusammengestellt, damit Sie für Ihre Arbeit in der Schwerbehindertenvertretung einen Überblick bekommen über die inhaltlichen Schwerpunkte und Tendenzen in der juristischen Praxis. Wer da schon einmal hereingeschaut hat, der weiß, der mündliche Vortrag von Ihnen ist unterhaltsamer, gleichwohl sind die Fallsammlung und die Materialsammlung da für Sie und Ihre Arbeit, das kann man downloaden von der Seite des dbb. Jetzt würde ich gerne wissen: Was empfehlen Sie denn nach der Diskussion, die wir gestern hier geführt haben, den Leuten im Publikum, künftig zu tun? Zu klagen und zu hoffen, dass dieser neue Wind, oder sagen wir mal diese zarte Brise, dann auch zum Erfolg führt? Oder muss man aufgrund der Entscheidungen, die Sie anfangs dargestellt haben, sagen: Oh Gott, lasst es bloß, sucht irgendeine Art von Einigung, aber tut es euch nicht an, auch noch vor Gericht zu gehen?

(Stephan Rittweger)

Wunderbar. Sie haben eigentlich schon zwei Handlungsalternativen genannt, und das ist mein Rat und das ist überhaupt das Allerwichtigste, was man in der Schwerbehindertenarbeit kennen muss. Oder so gesagt: Als Schwerbehinderter ist das ganze Leben häufig ein einziges Improvisieren. Jo. Das heißt, ich muss immer schauen, welche Möglichkeiten habe ich? Welche Handlungsmöglichkeiten stehen offen? Natürlich, ich habe immer die Möglichkeit vor Gericht zu gehen. Diese Möglichkeit steht immer offen. Ich muss nur wissen: Wie lange dauern die Verfahren? Wie ist die Belastung eines Klageverfahrens? Was kostet es? Und wer hilft mir dabei? Das ist ein ganz wichtiger Punkt allein vor Gericht, das ist immer ganz schlimm. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist natürlich zu sagen: Wenn ich diesen Weg nicht will, welchen Weg gibt es dann? Welche Verhandlungsmöglichkeiten gibt es? Wie ist da meine Position oder wie ist da meine Position? Wo brauche ich noch Hilfe, die mich stärkt? Und dann gibt es noch die andere Position und die anderen Möglichkeiten. Vieles regelt sich ja auch über andere Wege. Hauptsache, ich kann bei dieser Möglichkeit sagen, ich habe immer verschiedene Handlungsalternativen. Welche ist für meinen Fall in dieser Situation am besten geeignet und wer gibt mir Rat dazu?

(Katja Weber)

Also abwägen, Sie können keine pauschale Empfehlung geben, sondern Sie sagen: Gucken Sie, was Sie für Mittel haben und was Sie für Allianzen haben.

(Stephan Rittweger)

Ja. Und: Was können Sie durchstehen?

(Katja Weber)

Gestern haben wir schon von Fällen gehört, wo das ganz klar nicht zumutbar ist, wo das auch alles fehlt: Finanzielle Ressourcen, Alliierte, die mich unterstützen. Dann haben wir aber auch gehört, dass es Verfahren gibt, die bewusst auf die lange Bank geschoben

werden, die tricky und heikel sind, und obwohl Sie mit Selbstbewusstsein sagen: Wir sind die, die Recht sprechen und auslegen, sagen Richter und Gerichte: Da hängen wir uns zu weit aus dem Fenster, da greifen wir ein in Sachen, die eigentlich bundesweit geregelt werden müssten. Gibt es die auch in Ihrem Haus?

(Stephan Rittweger)

Touché, genau auf den Punkt getroffen. Ich finde es nicht gut, wenn sich Verfahren lange hinziehen. Das hat bestimmte Gründe und Hintergründe, aber wenn wir zur Entscheidung berufen sind, dann ist es auch unsere Aufgabe, dann müssen wir entscheiden und auch in angemessener Zeit. Und wenn wir das nicht tun, dann sollten wir eigentlich sagen: Okay, ich gebe den Job auf. Ich kann meine Aufgabe nicht erfüllen. Ich weiß, das gibt es auch bei uns im Haus.

(Katja Weber)

Wie laufen denn die internen Diskussionen darüber, oder gibt es die nicht?

(Stephan Rittweger)

Die sind intern. (Lachen)

(Katja Weber)

Zu intern für uns offenbar. Dann versuche ich es noch einmal allgemeiner. (Lachen)  
Würden Sie sagen, die Behindertenrechtskonvention ist ein gelebter Papiertiger?

(Stephan Rittweger)

(Lachen) Oh, das ist ein sehr lebendiger Tiger. Wir fürchten uns wahrscheinlich auch ein bisschen davor, sie so anzuwenden, wie man sie anwenden kann. Es ist auch eine Art der Auslegungskunst zu schauen: Was kann ich erreichen, jetzt an dieser Stelle und wo überfordere ich den einzelnen Fall? Deswegen gibt es ja auch immer wieder Vergleiche oder unstrittige Regelungen, wo wir den Fall so hinrichten, dass es wieder passt. Das ist auch richterliche Tätigkeit – das Richten. Ich halte die Behindertenrechtskonvention für etwas, was der Ulli Becker als eine normativen Handlungsdirektive bezeichnet hat, das heißt, ich habe etwas, was gesetzt ist. Damit ist es verbindlich. Es gibt allerdings keine konkreten Ansprüche, sie hilft mir aber, auszulegen. Und wir fangen langsam an, mit diesen neuen Auslegungsschritten zu arbeiten. Vielleicht hätte ich es mir gewünscht, dass es nachdrücklicher und auch schneller geschieht, aber es geschieht. Wenigstens auf einem gewissen Grundlevel. Dass es mehr sein könnte – ja.

(Katja Weber)

Wenn ich nun einen Rechtsfall habe, mit dem ich vor Gericht ziehe, dann ist für den Erfolg oder Misserfolg meiner Klage schon auch ausschlaggebend, in welcher Kommune oder in welchem Bundesland ich zu Hause bin und vor welchem Sozialgericht mein Fall verhandelt wird? Also wo sollte ich denn wohnen, um Recht zu bekommen? (Lachen)

(Stephan Rittweger)

Schon wieder getroffen. Die fehlende Einheitlichkeit in der Rechtsauslegung, die fehlende Eigentlichkeit in diesen wirklich auch schwierigen Fällen ist ein Punkt. Es ist auch so, dass das Bundessozialgericht zu lange braucht, um die Einheitlichkeit herzustellen.

Entschuldigung, jetzt tritt schon wieder der Landessozialrichter dem Bundessozialgericht ans Knie, das will ich nicht machen, ich will damit nur sagen, die Verfahrensdauer bei uns ist etwas arg lang. Und Recht ist nur dann gut, wenn es auch schnelles Recht ist. Es geht nicht darum, kurzen Prozess zu machen, um Gotteswillen, dann können Sie gleich damit rechnen, dass Sie hinten runter fallen, wenn Sie nur in einen kurzen Prozess geraten. Aber die Verfahrensdauern gehören tatsächlich kürzer gefasst, es gibt dazu Möglichkeiten, die sollten wir nutzen.

(Katja Weber)

Was wäre denn eine Möglichkeit dazu?

(Stephan Rittweger)

Rechtsprechung, Sie haben dieses Wort gelesen, wie es in zwei Teile aufgeteilt ist: Recht und -sprechung, rechtzeitig Recht zu sprechen, Termine früher anzusetzen und auch zu erörtern, gleich in der allerersten Instanz, relativ bald zu erörtern und zu sprechen, worum geht es, was kann man hier regeln? Und häufig die Fälle schon rechtzeitig anzupacken, da, wo sie anzupacken sind und in die richtigen Bahnen zu lenken.

(Katja Weber)

Da gibt es ganz viele Kollegen von Ihnen, die sagen, das würden wir gerne tun, aber die Arbeitsbelastung ist zu hoch. Und verweisen dann auf die Aktenstapel.

(Stephan Rittweger)

Die anderen gibt es auch.

(Katja Weber)

Okay. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie Fragen haben an den Fachmann hier vorne, dann würde ich Sie bitten, sie zu stellen und uns ein Handzeichen zu geben. Herr Pütz hat eine Frage. Gibt es weitere Fragen im Saal? Frau Möwisch. Dann in der Reihenfolge.

(Heinz Pütz)

Ich habe Ihrem kleinen Ausflug, Ihrer Exkursion interessiert zugehört, weil Sie uns als Vertrauenspersonen schwerbehinderter Menschen etwas zur Umsetzung des § 95 Abs. 2 SGB IX gesagt haben. Und in der Diskussion gestern, insbesondere als die sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher hier gesessen haben, und wir zu recht als Vertrauenspersonen unseren Unmut darüber beklagt haben, resultierend aus den Dingen, die wir täglich in der Praxis erleben, dass die Nichtbeteiligung nicht funktioniert, da haben mich Ihre Ausführungen schon nachdenklich gemacht. Wir suchen ja auch Verbündete im Rahmen der Gesetzgebung, des Gesetzgebungsverfahrens, um diesen Missstand in irgendeiner Form zu beenden oder dass er beendet wird. Da stellt sich für mich natürlich

die Frage, wenn Sie uns heute Morgen explizit erläutern, das eine ist eine Entscheidung, das andere ist ein Vertrag, wo eine Schwerbehindertenvertretung nicht zu beteiligen ist. Laufen wir nicht Gefahr – wenn man das nicht explizit unterscheidet –, dass wir bei einer Gesetzesnovellierung in diesem Punkt, wo wir uns wünschen, dass die Nichtigkeit einer Maßnahme bei einer Nichtbeteiligung gegebenenfalls auch von den Fachleuten, die sicher als Juristen besser als wir Laien sind, ein Gesetz von der Auslegung her besser betrachten können oder aus einer anderen Sichtweise sehen, laufen wir da nicht Gefahr, dass man uns da noch einmal das Gesetz aufweicht, und der Traum, die Nichtbeteiligung, die Nichtigkeit der Maßnahme fließt bei einer Nichtbeteiligung in das Gesetz ein, oder ist es besser, man sagt nach dem Motto: „Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach“, das, was wir jetzt haben, reicht für uns nicht aus, ist aber vielleicht aufgrund Ihrer Ausführungen und der differenzierten Darstellung das Optimum?

(Stephan Rittweger)

Ganz klar Herr Pütz: No risk – no fun, trauen Sie sich. Warum sage ich das so flapsig? Es geht um eine Intention des Gesetzgebers. Oder andersherum: Aus meiner Erfahrung als ich im Ministerium in der Rechtsetzung tätig gewesen bin: Es gibt Impulse, wo man sagt, hier habe ich einen Rechtszustand, der neu geregelt werden muss. Wie ist dieser Rechtszustand? Und wie ist es dorthin gekommen? Was waren die ursprünglichen Absichten des Gesetzgebers, also all derer, die Sie und ich nach Berlin hier in den Bundestag gewählt haben? Was wollten die, was wollten die erreichen? Das haben wir so in das Gesetz rein geschrieben: Wir wollen keine Krüppelvertreter mehr, sondern Vertrauenspersonen der Schwerbehinderten, die in allen Angelegenheiten ihre Kompetenz einbringen können. Denn es kommt am Ende etwas Besseres raus. Wenn ich die aber in diesen Verfahren, wo es nicht um eine Entscheidung geht, komplett außen vor lassen kann, wenn ich alles bis zum Widerspruchsverfahren nachholen kann, dann ist dieses Einbinden der Kompetenzen nicht mehr umgesetzt. Und da gibt es Handlungsbedarf. Spatz in der Hand, Taube auf dem Dach, was ist das überhaupt für ein Spatz, den Sie da in der Hand haben? Ich sehe ihn nicht, das ist ja kein Spatz mehr. Das ist noch weniger als ein Spatz, fürchte ich.

(Katja Weber)

Aber da, Herr Rittweger ist doch die Frage: Reicht das Gesetz so, wie es da steht, nicht aus? Letztlich ist das Problem nicht der Gesetzestext, sondern die Auslegung. Und Sie fingen an mit den unbestimmten Rechtsbegriffen und der Tatsache, dass Sie persönlich und Ihre Zunft es gut findet, dass Sie das Recht deuten und auslegen. Ist Ihnen wirklich damit gedient, wenn noch ein Satz und noch ein Satz rein geschrieben wird und noch ein Halbsatz, um es noch präziser zu machen? Ist nicht gerade diese Offenheit, die aber doch eine Richtung vorgibt, nicht das bessere Mittel?

(Stephan Rittweger)

Meine Kritik war die zu sagen: Ist die Auslegung, die das Bundesarbeitsgericht gefunden hat, die im Einzelfall, ist die tatsächlich mit dem Ziel vereinbar und ist die produktiv? Führt sie noch dazu, dass die Kompetenz der Vertrauensleute mit einbezogen wird oder muss ich sagen: So wie es ausgelegt worden ist, nein.

(Katja Weber)

Das heißt, Sie würden sich eine Nachbearbeitung wünschen in der Auslegung oder im Gesetzestext? Wie könnte so etwas klingen? Keine Ahnung, ob Sie so etwas in der Westentasche dabei haben

(Stephan Rittweger)

Da gibt es verschiedene Handlungsmöglichkeiten und Formulierungsmöglichkeiten, es fängt an beim Allerschlimmsten, beim Verwertungsverbot, ähnlich wie im amerikanischen Krimi, da sind irgendwelche Sachen auf komischem Wege ermittelt worden, die dürfen überhaupt nicht mehr in das Verfahren hineingenommen werden, das bleibt komplett draußen bis hin zur Nachholbarkeit bis zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, das zu formulieren und die Möglichkeiten sollte man sich auflisten und dann schauen: Was ist eigentlich das, was wir wollen? Was ist realistisch umsetzbar und wen holen wir ins Boot mit hinein? Wer sind unsere Gegner und was werden die vorbringen? Das ist ja auch klar. (Lachen) Und dann würde ich sagen, man entscheidet sich für eine bestimmte Formulierung und unterstützt die im kompletten Verfahren.

(Anja Möwisch)

Erst einmal möchte ich mich bedanken für den tollen Vortrag! So offen und ehrlich finde ich das brilliant. Ich bin ja nun diejenige –

(Stephan Rittweger)

Dann dürfen Sie jetzt auch klatschen. (Lachen) (Applaus)

(Katja Weber)

Sehr schön. Vortragender, Publikum und Moderation in einer Person, wunderbar. (Lachen)

(Anja Möwisch)

Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, ich bin ja diejenige, die mit den Betroffenen in die Glaskugel schauen muss und im Vorfeld beurteilen muss: Was werden Sie auf der anderen Seite in ein paar Jahren zu den Ansprüchen, die wir geltend machen, sagen? Wir haben gestern den Vortrag gehabt zur Übernahme der Kosten für technische Assistenzsysteme. So schnell und direkt wir jetzt die Frage: Wie ist denn Ihre Einschätzung, natürlich abstrakt im Vorfeld, sehen Sie allein über die Auslegung der Behindertenrechtskonvention, und jetzt gehe ich mal den Weg des Hilfsmittels, eine Kostenübernahmeverpflichtung der Kostenträger? Vielleicht können Sie uns dann jetzt ein wenig helfen bei dem Blick in die Glaskugel, was zu entscheiden ist.

(Stephan Rittweger)

Genau diese Frage hatten wir schon in dem Verfahren zu beantworten. Sie als Anwältin kennen das, als Profi, ich muss immer überlegen, wie wird das dann in der nächsten Instanz ankommen? Wenn ich anders entscheide als das Bundessozialgericht, belaste ich dann den Betroffenen mit den Kosten einer weiteren Instanz? Braucht der nicht jetzt die

Hilfe? Geht es auch auf einem anderen Niveau? Und so hat sich dann der Fall lösen lassen. Aber früher oder später wird es so sein, es ist die Bewegung drin, das habe ich Ihnen gezeigt, es ist etwas Bewegung drin in der Auslegung des Behinderungsbegriffes, des Teilhabebegriffes und früher und später wird es auch hochkommen ins Bundesozialgericht. Wenn wir uns dort sehen – ich würde mich freuen. (Lachen)

(Katja Weber)

(Lachen) Dann betrachten Sie sich als verabredet. Dann haben Sie sich jetzt verabredet. Gibt es weitere Fragen aus dem Publikum? Offenbar nur der Herr dort hinten.

(Sprecherwechsel)

Ich bin Andreas Hillmann, ich bin Schwerbehindertenvertreter vom Finanzamt Bremen. Ich möchte noch einmal auf § 95 Abs. 2 zurückkommen, es ist vielleicht ein naiver Gedanke, aber die Forderung, dass die Schwerbehindertenvertretung an allen Maßnahmen beteiligt wird, steht schon länger im Raum, das haben wir gestern gehört, offensichtlich beim zweiten und ersten Forum auch schon einmal, das heißt, es sind Jahre vergangen, letztendlich tut sich nichts oder es kommt auch nichts Gravierendes dabei heraus, eine vernünftige Argumentation, mit der wir auch leben können. Und ich stelle jetzt mal den Vergleich. Die Frauenbeauftragte z. B., die Arbeit schätze ich sehr, sie ist ebenfalls an allen Maßnahmen beteiligt sind, ob das Männer oder Frauen sind, spielt dann keine Rolle. Und für mich ist es so, ich habe dann das Gefühl, dass meine Arbeit als Schwerbehindertenvertreter nicht die gleiche Wertschätzung hat wie die einer Frauenbeauftragten. Hinzu kommt auch noch, der Personalrat, der ist zwar für das ganze Personal zuständig, aber auch für das Personal, das den Personalrat gar nicht gewählt hat. Ich sehe das nicht im Einklang und das ist das, was mich letztendlich ein bisschen böse macht. Und die Wertschätzung meiner Arbeit ist einfach nicht in vollem Maße vorhanden.

(Stephan Rittweger)

Ich glaube, mit der Erfahrung stehen Sie nicht alleine da, es gibt in den allerhöchsten Häusern oder in den Häusern, wo es wirklich nicht sein dürfte, eine Nicht-Umsetzung von dieser Rechtsnorm. Aber was nutzt es, wir werfen die Flinte nicht ins Korn. So wie ich Sie gestern erlebt habe, sind Sie engagiert, da muss man einfach dabei bleiben, gestern ist auch dieses Wort gefallen vom steten Tropfen. Natürlich brauche ich den auch da. Ohne den steten Tropfen geht nichts.

(Katja Weber)

Das ist keine Handlungsanweisung, die Ihnen unmittelbar hilft, wenn Sie an Ihren Arbeitsplatz zurückkehren, aber dennoch richtig. Ich würde gerne noch eine letzte Frage stellen, der Fall des Jurastudenten mit dem von der Oma vererbten Sparbuch, 12.000 €, wir sprachen gestern auch in dieser Runde schon über diesen Zusammenhang. Wie war da die Argumentation des Gerichtes? Sie sagten, er durfte sie behalten, wieso?

(Stephan Rittweger)

Der Fall kam schon vor Jahren gleich am Anfang des Studiums zu Gericht, die Kollegin,

die den Fall damals bei Gericht hatte, hat damals das getan, wovon ich gesprochen habe. Sie hat den Fall sofort angepackt und geschaut, was lässt sich machen. Man hat damals schon in der allerersten Instanz einen Vergleich geschlossen, in der Formulierung genial, ich weiß es nicht mehr auswendig, aber unterm Strich, er hat die 12.000 € immer noch, er hat wohl einen Teil davon anderweitig ausgegeben, aber es ist gelaufen, er hat sein Studium durchführen können, er hat seine Studienbegleitung bekommen, er hat seinen Erfolg gehabt und das Sparbuch seiner Oma steht zur Verfügung, wenn er demnächst als Anwalt antritt, sich einen Anzug kaufen muss, sich ausstatten muss in der Kanzlei.

(Katja Weber)

Vielen Dank für Ihren Vortrag und auch dafür, dass Sie ihn angepasst haben an die Bedürfnisse, die Sie hier gestern gemerkt haben. Vielen Dank dafür, Herr Rittweger. (Applaus).

Wir haben gestern schon viel gehört zum Thema Barrierefreiheit in der Kommune, was muss da passieren, und immer wieder die Frage: Wer soll das bezahlen? Ich hatte auch bei Ihnen in der PowerPoint-Präsentation, Herr Rittweger, den weisen Satz gelesen: Teilhabe ist faktisch immer wieder eine Frage des Geldes. Das haben Sie rausgeschmissen, um auf den aktuellen Redebedarf einzugehen. Aber das ist natürlich der Satz, bei dem wir immer wieder angekommen sind: Wer soll das denn zahlen? Können wir uns das leisten? Wir müssen aber auch fragen: Wer kümmert sich darum, Baustellen zu identifizieren, die Diskussion in der Kommune anzuschieben, das machen Leute wie Axel Fiedler. Er ist der Seniorenbeauftragte und Behindertenbeauftragte der Stadt Wetter an der Ruhr, also sozusagen in einer Doppelfunktion befugt zu sprechen, knapp 28.000 Menschen leben in Wetter und wie der Diskussionsprozess da verlaufen ist in seiner Kommune zu den Themen UN-Behindertenrechtskonvention, Teilhabe, Barrierefreiheit, das hören wir uns jetzt an. Vielen Dank und bitteschön Herr Fiedler.

(Axel Fiedler)

Ja, guten Morgen, meine Damen und Herren, ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die Einladung, ich fühle mich sehr geehrt und ich freue mich, hier heute berichten zu dürfen. Mein Name ist Axel Fiedler, ich komme aus der kreisangehörigen Stadt Wetter an der Ruhr, es ist ein kleines Städtchen mit 30.000 Einwohnern, ich bin dort als Seniorenbeauftragter und Behindertenbeauftragter tätig, ich bin aber auch zuständig für die Pflegeberatung und die Pflegesituation in Wetter. Von der Ausbildung her bin ich natürlich Sozialarbeiter, ich habe eine zusätzliche Ausbildung als Sozialgerentologe. Ich habe mich aber in den letzten Jahren zu 80 % mit der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention beschäftigt.

Mein Vortrag heute ist so: Ich will Ihnen erzählen, wie es dazu gekommen ist, dass wir in Wetter (Ruhr) schon soweit fortgeschritten sind mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, wie es dazu gekommen ist, dass wir, ich möchte behaupten, einen wegweisenden Aktionsplan: „Menschengerechte Stadt Wetter (Ruhr)“ erstellt haben, ich habe einen mitgebracht, der wird herumgereicht. Mein Vortrag ist folgendermaßen gegliedert, ich werde zunächst etwas zur Vorgeschichte erzählen, dann zu unserem Runden Tisch zur UN Behindertenrechtskonvention, danach zur Erstellung unseres Aktionsplanes, dann über die weitere Vorgehensweise nach Erstellung des Aktionsplanes und zum Abschluss habe ich noch einige Beispiele zur Umsetzung.

Zur Vorgeschichte: Wetter hat zwei große Behinderteneinrichtungen, einmal die Evangelische Stiftung Volmarstein, das ist eine große Einrichtung oben auf dem Berg, ein kleiner Ortsteil schon. Dann haben wir noch das Frauenheim Wengern, das ist auch eine ziemlich große Einrichtung. Und diese beiden großen Einrichtungen sind mit Sicherheit auch Grund dafür, dass wir schon seit über 20 Jahren eine Behindertenbeirat in unserer Stadt haben, es kommt ganz selten vor, dass eine Stadt einen Seniorenbeirat und einen Behindertenbeirat hat, wir haben das seit über 20 Jahren einen Behindertenbeirat, die beiden Institutionen sind natürlich dort vertreten, das Frauenheim und die Evangelische Stiftung Volmarstein, dann das Forschungsinstitut Technologie und Behinderung, ein enorm bekanntes Institut, sie machen unheimlich viel in Wetter und in Nordrhein-Westfalen, dann das Aktionsbündnis „Barrierefreies Wetter“, dort haben sich Betroffene zusammengeschlossen und setzen sich für ein barrierefreies Wetter ein, sie machen auch unheimlich viel, zeichnen Geschäfte aus, die barrierefrei sind usw., dann Wohlfahrtsverbände und, ein ganz wichtiger Punkt, interessierte Bürger. Wir haben im Moment 20 Mitglieder im Behindertenbeirat, davon sind elf Mitglieder interessierte Bürger, die entweder selbst betroffen sind oder im Freundeskreis, Familienkreis, Arbeitskreis mit Menschen mit Behinderung zu tun haben. Diese Bürger sind natürlich auch enorm aktiv in der Arbeit des Behindertenbeirates.

Ich habe gesagt, wir sind seit 20 Jahren dabei, aber so richtig in Schwung gekommen sind wir erst, nachdem das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten ist, wir haben da als Behindertenbeirat förmlich drauf gewartet, dass endlich etwas kommt, was wir in die Hand nehmen können, wonach wir auch arbeiten können. Wir haben sofort, nachdem das Behindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten ist, eine Arbeitsgruppe gegründet und haben erst einmal das Gesetz zur Hand genommen und geschaut, welche Aufgaben haben wir durch das Behindertengleichstellungsgesetz? Und wir haben drei wesentliche Bereiche feststellen können: Der erste Bereich ist die Erreichung von Barrierefreiheit in städtischen Einrichtungen, auf Wegen, Straßen, bei der Gestaltung von Bescheiden, der zweite Bereich: Der Abschluss von Zielvereinbarungen, wir haben das in Wetter genannt „Abstimmung über einen Maßnahmenkatalog“ und drittens die Erstellung einer Satzung über die Wahrung der Belange für Menschen Behinderung

Wir haben mit dem ersten Bereich angefangen, wir haben uns eine Liste geben lassen aller städtischen Einrichtungen in Wetter, eine kleine Stadt mit 30.000, ich war sehr überrascht, wir haben über 90 städtische Einrichtungen, wir haben dann eine Priorisierung gemacht, haben die 20 wichtigsten Einrichtungen ausgesucht, die für Menschen mit Behinderung wichtig sind, haben eine Checkliste erstellt, nach welchen Kriterien wir die Einrichtungen besichtigen wollen, und dann haben wir die 20 Einrichtungen vom Behindertenbeirat persönlich besichtigt, mindestens mit 4-5 Personen, mit Rollstuhlfahrer dabei, eine Sehbehinderung haben wir vorgetäuscht. Wir haben diese Einrichtung besichtigt und haben dann einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, es waren unheimlich viele Maßnahmen, natürlich auch viele kleine Maßnahmen, z. B. dass am Treppengeländer beidseitig ein Handlauf angebracht wurde, dass die Treppenstufen markiert werden, dass Spiegel in Fahrstühlen angebracht wurden, damit man als Rollstuhlfahrer erkennen kann, wo hält der Fahrstuhl, auf welcher Etage befinde ich mich, oder sind da Personen, die da rein wollen. Auch Behindertenparkplätze, dass wir die neu eingerichtet haben. Ganz viele kleine Maßnahmen, aber auch einige große Maßnahmen, davon werde ich berichten.

Diese Maßnahmen, es hat lange gedauert, das muss ich auch zugeben, ich glaube, das waren zwei oder drei Jahre, es können auch vier gewesen sein, bis alle Maßnahmen

abgearbeitet wurden. Und parallel dazu haben wir eine Satzung erstellt, die Satzung der Stadt Wetter (Ruhr) vom 17.8.2005 über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung, das war auch ganz wichtig, denn in dieser Satzung steht, dass bei allen Entscheidungen in der Stadt, die Menschen mit Behinderungen betreffen, das ist quasi fast alles, die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen gewährleistet sein muss, das heißt, das ist unser Behindertenbeirat, in der Ausführung steht dann, dass der Behindertenbeirat und der Behindertenbeauftragte zu beteiligen sind, ich bin erst aufgrund der Satzung als Behindertenbeauftragter ernannt worden, vorher habe ich das als Seniorenbeauftragter mitgemacht. Wir haben da schon eine Menge Aktivitäten reingesetzt in dieses Behindertengleichstellungsgesetz. Das war auch Grund dafür, wie es dann weiterging.

Als nächstes kam dann die UN-Behindertenrechtskonvention, sie ist in Kraft getreten, auch in Deutschland. Wir haben als erstes, wir – das heißt immer die Evangelische Stiftung Volmarstein, das Frauenheim Wengern, der Behindertenbeirat und die Stadt Wetter – eine Veranstaltung gemacht, die haben wir genannt: „ichbinwiedu“, die fand am 17.10.2010 statt und haben dort in zehn Foren, wir haben unheimlich viele Menschen eingeladen, um die 200 Person haben teilgenommen, über diese neue UN-Behindertenrechtskonvention gesprochen, diskutiert. Und dort wurde dann angeregt, einen Runden Tisch zu gründen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir haben dann eine Lenkungsgruppe gegründet und haben beschlossen, einen Runden Tisch zu gründen und der ist dann auch mehrmals durchgeführt worden. Zu diesen Runden Tischen kamen auch immer zwischen 120 und 150 Personen, es haben sich verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die enorm fleißig waren, ich habe ein paar aufgeschrieben: Barrieren auf Straßen, Wegen, Parkanlagen, Barriereabbau für Ältere Wohnen usw.

Es ist unheimlich viel passiert, aber wir waren trotzdem noch nicht 100-prozentig zufrieden, es gab zwar einzelne Arbeitsgruppen, die sich mit verschiedenen Bereichen beschäftigt haben, aber das große Ganze war es noch nicht, dann kamen wir zu der Idee, wir wollen einen vernünftigen Aktionsplan erstellen, da haben wir uns die Universität Siegen zu Hilfe geholt, das ZPE, das Zentrum für Planung und Unterstützung sozialer Dienste, das war ein goldener Griff, wir haben zunächst zwei Tage darüber diskutiert, wie so ein Aktionsplan aussehen könnte und haben dann gemerkt, es ist eine Menge Arbeit und das erfordert eine Menge an Kapazitäten. Wir haben dann die Universität Siegen befragt, ob sie sich vorstellen könnten, diesen Aktionsplan wissenschaftlich zu begleiten, da hatten wir das Glück, dass ein Mitarbeiter dabei war, Herr Windig, für ihn war das Neuland, er war aktiv, er hat gesagt, er kann sich das vorstellen, das ZPE hat dann gesagt: Natürlich können wir machen, aber diese wissenschaftliche Unterstützung kostet 15.000 Euro. Sie können sich vorstellen, das ist schon eine Menge Geld für eine Kleinstadt, da komme ich auf die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes zu sprechen, da haben wir uns nämlich schon einen Namen im Land gemacht, das Ministerium hat uns öfter mal zu Veranstaltungen geholt und wir konnten dann berichten, wie wir in Wetter das Behindertengleichstellungsgesetz umgesetzt haben. Daran habe ich mich erinnert, ich habe Kontakt aufgenommen zum Land und habe gesagt: Wir haben schon einiges getan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, wir möchten aber einen Aktionsplan erstellen und das Ganze wissenschaftlich begleiten lassen, das kostet aber 15.000 Euro, die haben wir nicht. Da hatten wir das Glück, es war Ende des Jahres, es gab noch eine Schatulle im Ministerium, wo noch Geld vorhanden war, da haben wir die Zusage bekommen für die Übernahme der Finanzierung dieser wissenschaftlichen

Begleitung mit der Aufgabe, wenn es fertig ist, andere Städte zu unterstützen und das weiterzugeben, wie wir es gemacht haben, so wie ich es heute tue.

Wir haben dann, nachdem wir die Zusage hatten, gesagt, wir wollen das vom Rat beschließen lassen, dass wir diesen Aktionsplan erstellen und er hat am 24.11.2011 die Verwaltung beauftragt in enger Zusammenarbeit mit der evangelischen Stiftung, dem Frauenheim und dem Behindertenbeirat einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu erarbeiten. Das war im November 2011. Dann haben wir als Lenkungsgruppe, die das Ganze immer so ein bisschen angeleiert hat, natürlich gesagt: Wir als kleine Lenkungsgruppe können das gar nicht in Angriff nehmen, wenn wir einen vernünftigen Aktionsplan erstellen wollen, dann brauchen wir eine Steuerungsgruppe, da müssen alle wichtigen Persönlichkeiten der Stadt vertreten sein, sie darf nicht zu groß sein, dann ist sie nicht mehr arbeitsfähig, aber es sollten möglichst alle wichtigen Personen vertreten sein, dann haben wir die Steuerungsgruppe mit 14 Mitgliedern gebildet, mit dabei waren natürlich: Integrationsrat, Behindertenbeirat, Seniorenrat, Behindertenbeauftragter und dann die wichtigste Person: der Bürgermeister. Ohne diesen Bürgermeister weiß ich nicht, ob es so geklappt hätte, es ist unheimlich wichtig, dass die oberste Person in einer Stadt einen Aktionsplan erstellen möchte, dass sie dahinter steht und sieht, dass es für die Stadt unheimlich viele Vorteile bringt. Das war der Fall, und nicht nur der Bürgermeister, auch alle Fachbereichsleiter sind in der Steuerungsgruppe vertreten gewesen, der Kämmerer, Fachdienst Öffentlichkeitsarbeit, natürlich die Einrichtungen, dann haben wir ein Büro für Leichte Sprache gegründet, das ist dem Forschungsinstitut Technologie und Behinderung angeschlossen, und Betroffenenvertreter, das war die Steuerungsgruppe mit allen wichtigen Personen in Wetter.

Die Aufgaben waren natürlich die Ingangsetzung und Strukturierung des Arbeitsprozesses, die Besetzung der Fachgruppen, die Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse, die Leitung und Gestaltung der Sitzungen des Runden Tisches und die Zusammenführung der Ergebnisse zu einem Aktionsplan.

Wir haben festgelegt, mit welchen Themen sich der Aktionsplan beschäftigen sollte, da kann man ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Wir haben uns auf diese Themen geeinigt: Wohnen, Bauen, Arbeit, Berufsausbildung Kultur, Freizeit, Sport, Bildung, Öffentlicher Raum, und ein ganz wichtiges Fachforum: Bewusstseinsbildung und Kommunikation. Unser Clou war, die einzelnen Fachgruppen wurden geleitet von den einzelnen Dezernenten, so dass diese nicht irgendwelche Aufgaben von irgendwelchen Arbeitsgruppen übergestülpt bekommen haben, sondern sie konnten selber mitwirken in diesen Fachgruppen und die Fachbereichsleiter konnten selber mitbestimmen und waren mit dabei bei der Erstellung des Aktionsplanes, so dass sie dann auch alle gewillt waren diesen Aktionsplan so umzusetzen, wie er letztendlich jetzt da steht.

Die Fachgruppen sind folgendermaßen vorgegangen, wir haben Ziele formuliert, das konnten Visionen sein, wo wollten wir hin in den einzelnen Bereichen? Dann haben wir eine Bestandsaufnahme gemacht, ich habe gesagt, der Behindertenbeirat ist schon seit 20 Jahren aktiv, wir haben nicht bei Null angefangen, wir konnten schon einiges vorweisen, darauf hin haben wir dann Maßnahmen artikuliert, die sind mit einem Zeitrahmen versehen worden, kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen, kurzfristig Maßnahmen sind Maßnahmen innerhalb von zwei Jahren, mittelfristige Maßnahmen innerhalb von 2-5 Jahren und langfristige Maßnahmen, die darüber hinaus umgesetzt werden sollten. Mit

dabei immer, die Umsetzung durch, also wer ist dabei, wer ist verantwortlich für diese Maßnahme und welche Akteure sind beteiligt? Hinzu kam dann noch eine siebte Gruppe, wir haben es nicht Fachforum genannt, wir haben gesagt, wenn wir in der Stadt Wetter schon einen Aktionsplan machen wollen, dann soll auch die Verwaltung inklusiv sein, da hat auch unser Bürgermeister mitgemacht, wir haben eine große Personalversammlung gemacht, die sich nur mit dem Thema Inklusionsplan „Behindertengerechte Stadt Wetter“ beschäftigt hat, diese Vollversammlung hat unseren Aktionsplan vorgestellt, was wir machen wollen, und hat gesagt, dass wir auch in der Verwaltung dieses Thema bearbeiten wollen, wir haben dann eine Arbeitsgruppe gebildet, wo Mitarbeiter aus allen Fachgebieten dabei waren und haben es angepackt, wir haben es etwas anders gemacht, wir haben das aufgeteilt in drei Bereiche, einmal inklusive Kultur, da ging es um den respektvollen und gleichberechtigten Umgang miteinander, da haben wir schon ganz viele gemeinsame Veranstaltungen gemacht, dann inklusive Strukturen, da ging es um barrierefreie Zugänglichkeit und Auffindbarkeit von Gebäuden, und natürlich : Wie barrierefrei ist der Internetauftritt? Wie barrierefrei ist der Stadtbrief? Und verschiedene andere Sachen.

Ja, ich habe gerade gesagt, dass wir am 17.11.2011 einen Ratsbeschluss hatten, wir hatten nur ein Jahr Zeit, denn die wissenschaftliche Begleitung der Universität Siegen war auf ein Jahr angelegt, wir mussten innerhalb eines Jahres den Aktionsplan stemmen, das war unheimlich ambitioniert, aber wenn das nicht der Fall gewesen wäre, würden wir wahrscheinlich immer noch an diesem Aktionsplan arbeiten. Das war das Beste, was uns passieren konnte. Wir haben in diesem Jahr unheimlich aktiv an diesem Aktionsplan gearbeitet, wir konnten kaum etwas anderes machen, es ist in dieser Zeit unheimlich viel liegen geblieben. Am 17. Januar haben wir uns zum ersten Mal getroffen in der Steuerungsgruppe, diese 14 Personen müssen Sie auch erst einmal finden, bis sie überhaupt arbeitsfähig sind, und haben dann das Ganze dem Runden Tisch vorgestellt, haben eine Auftaktveranstaltung gemacht, die Fachforen gebildet, pro Fachforum waren es in etwa 20 Personen, die sich dort getroffen haben. Die Fachforen haben sich unterschiedlich getroffen, ich war für das Fachforum „Öffentlicher Raum“ zuständig, wir hatten Phasen, da haben wir uns einmal pro Woche getroffen, wir haben uns bestimmt 10-12 Mal getroffen und in einigen Phasen unheimlich oft. Dann haben wir im Dezember, nachdem der Zwischenbericht in den Beiräten und Fachausschüssen vorgestellt wurde, haben wir das im Dezember im Runden Tisch vorgestellt, weil der Runde Tisch das entscheidende Gremium ist und er hat dann diesen Aktionsplan entschieden, dafür gestimmt. Wir wollten erst anders vorgehen, wir wollten erst, dass der Rat der Stadt diesen Aktionsplan zur Entscheidung vorgelegt bekommt, haben uns aber Gott sei Dank anders entschieden und haben dem Rat der Stadt den Aktionsplan nur vorgestellt, das war unheimlich gut, denn wenn der Rat das entschieden hätte, der hätte jede einzelne Maßnahme noch einmal durchgekaut und wer weiß, was dann aus diesem Aktionsplan geworden wäre. So hat der Rat der Stadt Wetter den Aktionsplan nur vorgestellt bekommen.

Der Aktionsplan ist seit 2013 fertig, wir waren alle unheimlich froh, aber die Arbeit fängt dann eigentlich erst richtig an. Die einzelnen Fachforen treffen sich weiterhin, sie sind verantwortlich für die Umsetzung dieses Aktionsplanes. Es ist jetzt so geregelt, dass wir mindestens einmal im Jahr den Runden Tisch einberufen, dort kommen immer noch 120-150 Personen aus allen Bereichen zusammen, auch Politiker sind dort vertreten, und wir berichten diesem Runden Tisch, was bisher passiert ist. Ich habe ein paar Folien mitgebracht von unserem letzten Runden Tisch, Berichte aus dem Fachforum 23.10.2014, nur einmal ganz kurz, damit Sie sich vorstellen können, wie das abläuft. Fachforum

„Öffentlicher Raum“ – es wurde gesagt eine kurzfristige Maßnahme ist erledigt worden, das war eine Maßnahme, wo wir gesagt haben, unsere Infopoints im Rathaus, im Bürgerbüro und im Stadtbetrieb z. B. müssen mit mobilen Ringschleifen ausgelegt werden, damit Menschen mit Hörbehinderung sich vernünftig verständigen können. Das haben wir recht schnell umgesetzt, acht kurzfristige Maßnahmen und eine mittelfristige sind in Bearbeitung, davon sind inzwischen drei andere Maßnahmen umgesetzt und andere sind in Bearbeitung.

Das Fachforum „Arbeit und Berufsausbildung“, das leitet unser Bürgermeister, er ist zwar nicht jedes Mal dabei, aber er hat sein Händchen darüber, damit auch Firmen sich beteiligen, das hat natürlich mehr Anziehungskraft als wenn ein Unbekannter das Fachforum leiten würde. Also da wurde ein Unternehmerfrühstück eingeführt, da wurde unheimlich viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Sie sehen realisierte Maßnahmen 2013/2014 und Perspektiven 2015/2016, dazu muss ich sagen: Mit der Fertigstellung des Aktionsplanes ist nicht Schluss, es wird weiter gearbeitet und er wird weiter entwickelt, es darf nicht sein, dass da jetzt Schluss ist, sondern er wird weiter entwickelt, das heißt in den Fachforen wird weiter diskutiert, haben wir etwas vergessen, haben wir etwas Aktuelles übersehen, muss das übernommen werden? Dort geht die Diskussion weiter. Sie sehen hier noch einmal ein Fachtag für Unternehmen zu spezifischen Themen ist geplant, dann Austausch mit dem Fachforum Bildung, Pressearbeit, verschiedene Sachen.

Dann zum Fachforum „Bewusstseinsbildung und Kommunikation“, da wurde eine Meldestelle für digitale Barrieren gegründet, auch angeschlossen am FTB, am Forschungsinstitut Technologie und Behinderung. Wir haben jetzt endlich ein Buchprojekt „Leidenschaften“ realisieren können, wir haben ein tolles Buch herausgebracht, es kostet 19,95 €, ich hatte zu wenig Platz in meinem Gepäck, sonst hätte ich welche mitgebracht, aber Sie können es auf der Internetseite sehen, es ist unheimlich toll, dort sind Geschichten von Menschen mit Behinderungen, einfache Menschen aus Wetter, aber auch Personen aus dem öffentlichen Leben, ich weiß nicht, ob Ihnen der Name Gerald Asamoah etwas sagt, ein ehemaliger Fußballspieler von Schalke 04, auch Künstler sind dort aufgeführt, das ist wirklich ein ganz tolles Buch, schauen Sie sich das mal an, das kann man für 19,95 Euro bestellen, es ist auch für einen guten Zweck.

Dann haben wir auch eine Dachmarke für Aktionen rund um den Aktionsplan gegründet, oder wir sind dabei, sie zu Gründen, wir wollen alle Vereine, alle Sportvereine und Kulturvereine, dazu aufrufen, wir haben eine große Werbekampagne geschaltet, bei Veranstaltungen für die Barrierefreiheit zu werben, als Grundelement ist hier oben das Puzzle, das ist auch auf dem Aktionsplan, das soll beschrieben werden, in welchen Bereichen die einzelnen Veranstaltungen barrierefrei bzw. barrierearm sind, das läuft im Moment an von diesem Fachforum.

Sie sehen, wir sind immer noch laufend dabei, ich bringe noch ein paar Beispiele. Da ist zum einen der Bürgerbus in Wetter, wir waren der erste Bürgerbus in Nordrhein-Westfalen, der barrierefrei ist, deshalb fange ich immer damit an, da sind wir auch ganz stolz drauf, da mussten wir unheimlich dafür arbeiten, der Bürgerbus-Verein wollte das nicht, der hat nur gesehen, zusätzliche Arbeit mit der Rampe, weniger Platz. Aber der Bürgerbus-Verein hat es inzwischen eingesehen, dass das wirklich eine ganz tolle Sache ist, mittlerweile gibt es sogar drei oder vier Bürgerbusse, wir brauchten gar nichts mehr machen, für die erste Rampe haben wir vom Behindertenbeirat noch gesammelt und haben die Finanzierung gesteckt, also über die Sparkasse und Firmen, die anderen Bürgerbusse wurden

automatisch von Bürgerbus-Verein gemacht, weil sie gemerkt haben, dass das eine ganz tolle Sache ist.

Das sieht auch ganz einfach aus, die barrierefreie Neugestaltung des Seeplatzes, ich habe gesagt, es gibt nichts mehr ohne den Behindertenbeirat, jede neue Umbaumaßnahme läuft über den Behindertenbeirat, wenn so etwas ist, dann machen wir das gemeinsam, der Seniorenbeirat und der Behindertenbeirat, Sie sehen hier die beiden Bänke, die hätten dort nie gestanden, wenn das nicht durch den Senioren- und Behindertenbeirat gegangen wäre, das sind seniorengerechte Bänke, die haben eine gewisse Höhe, die sind höher als normale Bänke, sie haben Armlehnen, damit man besser aufstehen kann oder hier diese Sitzfläche, die sollte 30 m durchgehend sein, Menschen mit Rollstühlen und Rollator hätten immer drumherum fahren müssen, da haben wir gesagt, das möchten wir nicht, wir möchten, dass das geteilt ist, dass man hier einen Raum frei lässt. Das ist dann auch so gemacht worden. Das ist eine ganz einfache Sache, aber das sind viele Maßnahmen, die durch den Behindertenbeirat noch verändert werden konnten.

So sah unser Hallenbad aus, Versehrten-Umkleide, so wurde das genannt, das war eher ein Materialraum, wir haben gesagt, so geht das nicht. Dann haben wir die Umkleide mit Geldern aus dem Strukturpaket 2 umgebaut, es gibt jetzt eine wunderbare Schiebetür, das wurde farblich gekennzeichnet, und nicht nur die Umkleide ist barrierefrei, wir konnten auch über Spenden ein Schwimmbadlifter einbauen, so dass das Schwimmbad barrierefrei ist und von Menschen mit Behinderungen benutzt werden kann. Im Zuge der Inklusion werden immer mehr Wohngruppen aufgebaut, so dass sich das Frauenheim und die Evangelische Stiftung langsam aus ihrem "Ghetto" lösen und ambulante Wohngruppen aufgebaut werden. So wird dieses Bad auch immer mehr von den Wohngruppen genutzt, das hat lange gedauert, wir haben diesen Schwimmbadlifter bestimmt eineinhalb Jahre gehabt und er wurde nie benutzt, und so langsam kommen jetzt auch die Wohngruppen nutzen dieses Bad.

Eine Maßnahme aus dem Behindertengleichstellungsgesetz, wir haben eine große Sporthalle in Wetter, wo große Sportveranstaltungen stattfinden, da gab es keine behindertengerechte Toilette. Wir haben gesagt, das geht nicht, dass da große Sportveranstaltungen sind und die Besucher können keine behindertengerechte Toilette benutzen. Das wurde dann eingerichtet, das war eine der etwas größeren Maßnahmen.

Dann unser Rathaus, es ist denkmalgeschützt, da hat der Behindertenbeirat mit dem Seniorenbeirat entschieden, welche Variante eines Hebeliftes dort eingesetzt wird. Der Umbau des Busbahnhofs ist eine Selbstverständlichkeit, Leitlinien müssen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden, das ist auch eine ganz wichtige Sache, die Öffentlichkeit mit einzuschalten, da haben wir auch Behindertenvertreter gerufen und haben eine große Pressekampagne gemacht. Warum gibt es eigentlich diese Leitlinien? In der Bevölkerung fragen sich viele: Was soll das? Das muss erst einmal erklärt werden. Oder: Wir haben als Behindertenbeirat eine Infotafel anbringen lassen, auf der Fahrgast-Informationen in Punkschrift zur Verfügung stehen. Das war auch eine Sache von Behindertenbeirat, dass wir gesagt haben, wir möchten, dass so etwas dort angebracht wird und halten es gerade für unsere Stadt, wo wir damit ein bisschen "angeben", für wichtig, dass wir so etwas dort anbringen.

Dann haben wir verschiedene Wegweiser herausgebracht, das ist auch eine Sache, die

mit Öffentlichkeit zu tun hat, wir haben mit Wegweisern für Ärzte für Menschen mit Handicap angefangen, wir haben unsere Ärzte angeschrieben, wir haben gesagt, wir wollen einen Wegweiser herausbringen, wie wie barrierefrei sind die Praxen, wie barrierefrei ist der Zugang, und wir haben gleichzeitig gesagt, wir, der Behindertenbeauftragte und das FTB, stellen uns zur Verfügung für eine Beratung, wenn sie ihre Praxis, vielleicht auch kostengünstig, barrierefrei umbauen wollen brauchen. Es haben sich unheimlich viele Ärzte gemeldet, deren Praxen schon schon barrierefrei waren, aber auch viele, die eine Beratung haben wollten und nachträglich ihre Praxis umgebaut haben. Hier steht: Wie ist die Praxis erreichbar? Fährt der Bürgerbus dorthin? Welche Linie? Gibt es Behindertenparkplätze vor dem Haus? Wie ist der Weg zum Gebäude? Ist der Zugang barrierefrei? Ist der Eingang in die Praxis barrierefrei? Sind die Praxisräume barrierefrei? Gibt es eine behindertengerechte Toilette? Wie ist die Rezeption, ist ein Blickkontakt möglich oder muss man als Rollstuhlfahrer so hoch gucken? Haben wir verschiedene Elemente eingebracht, ich denke auch, dass durch diese Broschüre, die auch verbreitet wurde, sich die Arztpraxen mehr Gedanken machen, auch wenn neue Praxen eröffnet werden.

Wir haben auch eine Broschüre herausgebracht, Wegweiser für Menschen mit Handicap: Wo gibt es in Wetter barrierefreie Parkplätze und barrierefreie öffentliche Toiletten? Das ist auch eine ganz wichtige Broschüre. Dann der Wegweiser Kirchen und Gemeindehäuser. Wir haben alle Kirchengemeinden angeschrieben und dort auch wieder eine Beratung angeboten, und das ist von vielen Kirchengemeinden und Gemeindehäusern in Anspruch genommen worden. Wir sind dorthin gegangen und haben beraten, wie kann man einen Kircheneingang, ein Gemeindehaus barrierefreier gestalten.

Die letzte Broschüre ist vor zwei Wochen fertig geworden, da bin ich unheimlich stolz drauf: Bring und Holdienste in Wetter (Ruhr). Gerade auch in meiner Funktion als Pflegeberater weiß ich, es fehlen an allen Ecken und Enden barrierefreie Wohnungen, in jeder Stadt ist das so. Sonst bräuchte man die Broschüre gar nicht, wenn es genug barrierefreie Wohnungen geben würde. Aber es ist nicht so. Da sind alle Anbieter drin, die nach Hause kommen, Fotografen, die Fotos machen für den Schwerbehindertenausweis, alle Bereiche von Anbietern, die nach Hause kommen, sind vertreten. Diese Broschüre ist auch in meinen Beratungsgesprächen, als ich gesagt habe, wir sind dabei, diese Broschüre zu erstellen, da haben viele gefragt, wann ist sie endlich fertig? Diese Broschüre wurde uns aus der Hand gerissen, wir müssen bald schon eine Neuauflage machen, obwohl sie erst seit zwei Wochen fertig ist. So schnell ist diese Broschüre uns aus der Hand gerissen worden. Das war es, herzlichen Dank (Applaus)

(Katja Weber)

Herr Fiedler, vielen Dank auch von mir für die Einblicke in das, was Sie getan haben. Das ist wirklich ein Modell, das man mit nach Hause nehmen kann in die Kommunen, die Vorlagen werden ja zur Verfügung gestellt. Bewusstseinsbildung und Kommunikation stand auf einer Ihrer Folien. Ich würde gerne wissen, wie, bei wem haben Sie Bewusstsein gebildet?

(Axel Fiedler)

In der gesamten Bevölkerung, wir hatten Glück in Wetter, dass unsere Presse mitgespielt hat. Wir haben uns zu Beginn des Aktionsplanes mit der Presse zusammengesetzt, wir

haben berichtet, was wir vorhaben, dass wir einen Aktionsplan erstellen wollen, und die Presse ist sofort darauf eingestiegen. Das heißt in der ersten Zeit, in den ersten zwei Wochen, zu Beginn des Aktionsplanes, hat die Presse jeden Tag ein Artikel über unseren Aktionsplan erstellt. Nach ungefähr 14 Tagen, nachdem wir wussten, wer ist für das Büro für Leichte Sprache zuständig, da wurden die Artikel auch in Leichter Sprache gebracht. Die Mitarbeiterin aus dem Forschungsinstitut Technologie und Behinderung, die für die Leichte Sprache eingestellt wurde, hat zusammen mit der Redaktion die einzelnen Artikel in dem lokalen Blatt auch in Leichter Sprache gebracht. Das war in den ersten beiden Wochen jeden Tag, dann über einige Wochen einmal pro Woche und jetzt wird immer noch in der lokalen Presse über die einzelnen Aktionen des Aktionsplanes berichtet. Natürlich über das Herausbringen der Broschüren, über einzelne Aktionen, wir sind gerade noch mit der Broschüre Bring- und Holdienste beschäftigt, da haben wir ja alle Anbieter angeschrieben, wir haben gesagt, wir wollen die Geschäfte in Wetter auszeichnen, die barrierefrei sind. Wir haben 10 Kriterien erstellt zur Barrierefreiheit, wenn mindestens 6 oder 7 Kriterien erfüllt sind, dann bekommen die eine Auszeichnung. Da haben sich jetzt auch 40 Geschäfte gemeldet und gesagt, wir sind barrierefrei. Das heißt, wir haben als Behindertenbeirat die nächste große Aufgabe, wir müssen die Geschäfte aufsuchen und schauen, sind die wirklich barrierefrei, und wenn es so ist, dann bekommen sie eine Auszeichnung, eine Anerkennung, sie können sich das ein Rahmen lassen und in ihr Geschäft hängen. Das macht unheimlich viel aus. Dadurch, dass wir die Presse immer eingeschaltet haben, haben sich auch viele kleine Geschäfte in Wetter angeschlossen und haben angefangen, Barrieren abzubauen. Unsere Buchhandlung, die zwei Stufen im Eingangsbereich hatte, die hat gesagt, wir möchten das auch machen, wir haben das gelesen, wir möchten unseren Eingang auch barrierefrei machen. Wir sind dort auch hingegangen und haben nach Möglichkeiten gesucht, das zu machen. Mittlerweile ist der Eingang barrierefrei. Genauso bei Apotheken, es kommen auch immer mehr Geschäfte hinzu, die sich beteiligen. Das ist unheimlich wichtig.

(Katja Weber)

Sie hatten gesagt, der Bürgermeister war von Anfang an dabei und hat die Sache promoted, wäre es möglich gewesen, wenn ein Player wie der Bürgermeister nicht dabei gewesen wäre? Sie sagen selbst, die Geschäfte und alle, die sich beteiligen, wollen natürlich etwas etwas von der Publicity.

(Axel Fiedler)

Ja, das ist wie ein Puzzle, wenn der Bürgermeister nicht dabei gewesen wäre, hätten wir das Gemeinschaftsgefühl nicht so erbringen können, das ist unheimlich wichtig, dass in allen Bereichen, beim Wohnen, öffentlicher Raum, unser Baudezernat usw., dass die dahinterstehen, sonst bringt es nichts. Und wenn eine Stadt merkt, da stehen alle dahinter, dann spricht sich das rum, wir haben Aufkleber gemacht: Eine Stadt für alle. Das sind so viele kleine Punkte, nur weil es so viele kleine Punkte waren, hat sich das so entwickelt, wie es jetzt ist.

(Katja Weber)

Hatten Sie auch Gegenwind?

(Axel Fiedler)

Eigentlich nicht, Gegenwind ist die finanzielle Seite, da sind natürlich ein paar Sachen, die im Moment schwierig sind bei der Gestaltung, aber ansonsten hatten wir nur positive Rückläufe.

(Katja Weber)

Da Sie die Kosten schon selbst ansprechen: Man muss den Mehrwert vermitteln, nicht im Sinne: Da kommen Belastungen auf euch zu. Sondern: Das hilft euch Gewerbetreibenden oder Vereinen in der Außendarstellung, wie haben Sie das an die Frau und an den Mann gebracht?

(Axel Fiedler)

Das war ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit, dass Geschäfte prämiert worden sind, dass Geschäfte aufgenommen wurden in die Broschüren – das schafft Anreize, sich zu beteiligen. Ich muss sagen, wir haben gestern schon über die finanzielle Ausstattung der Kommunen diskutiert, klar ist es unheimlich schwierig, aber es ist nur ein Teil. Viele unserer Maßnahmen, die benötigen einfach nur Menpower, die brauchen Unterstützung von Ehrenamtlichen, wenn wir Begehungen durchführen in einem Stadtviertel, dann brauchen wir Menschen, die das machen, die das aufschreiben, die sagen, hier sind Barrieren, die müssen abgeschafft werden. Und das ist auch ein großer Teil.

(Katja Weber)

Aber die baulichen Maßnahmen, die daraus resultieren, die kosten dann natürlich richtig Geld.

(Axel Fiedler)

Ja, aber vieles muss ohnehin irgendwann umgestaltet werden. Es gibt immer wieder Änderungen. Und wenn ein Ortsteil oder wenn die Stadt sagt, wir gestalten Bereiche um, dann ist es automatisch so, dass wir als Senioren- und Behindertenbeirat beteiligt werden. Und es kam auch schon heraus, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Kommunen sind knapp bei Kasse, aber gestern habe ich einen Finanzbeamten gesprochen, er hat gesagt: So viele Steuereinnahmen wie im Moment haben wir noch nie gehabt. Also muss ja auch Geld vorhanden sein. Als wir angefangen haben mit unserem Aktionsplan, haben wir gesagt: Wir brauchen einen kleinen Grundstock, den zu haben wäre nicht schlecht. Wir haben die 15.000 Euro vom Land bekommen, wir haben natürlich vorher überlegt, was machen wir, wenn wir das Geld nicht bekommen? Lassen wir es dann sein oder wie machen wir das? Wir haben uns überlegt, dann tun wir uns zusammen, die Lenkungsgruppe – Frauenheim Wengern, ESV und Stadt. Wir haben das Geld bekommen, wir haben einen Pott gemacht, und die Gruppe, die am meisten zu knacken hatte, das war ich, 4000 Euro von der Stadt zu bekommen, Frauenheim Wengern und ESV, das war überhaupt kein Problem, zack, war das Geld da. Ich musste in sämtliche Töpfe gucken, wo ich Geld abzweigen konnte. Das klappte also. Dieser Grundbetrag ist auch erhöht worden auf 18.000 Euro von Banken, Wohnungsgesellschaften, Firmen, Privatleuten. Also der Wille ist da, etwas zu machen. Mit diesen 18.000 Euro hatten wir einen Grundstock, wir haben jetzt noch 4000 Euro für kleinere Sachen, und wir werden versuchen, das wieder aufzustocken. Das andere sind die Sachen, die Geld kosten. Dem Runden Tisch werden die Sachen vorgestellt, die gemacht wurden und die in nächster Zeit anliegen. Der Runde Tisch macht eine

Priorisierung, was ist das Wichtigste und die wird dem Rat der Stadt vorgelegt.

(Katja Weber)

Was steht da im Moment unter der Nr. 1?

(Axel Fiedler)

Im Moment haben wir den Zugang zum Sozialamt, das ist ein holpriger Weg, der kaum von Menschen mit Behinderung und mit Rollator genutzt werden kann, der soll barrierefrei gestaltet werden, auch zu 1. Etage, wo wichtige Räumlichkeiten sind, das hatten wir sogar schon als Zusage, aber aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist das erst einmal zurückgestellt worden, und das steht ganz oben. Und jedes Jahr, wenn die Haushaltssitzungen sind, werden die Sachen, die der Runde Tisch priorisiert, dem Rat vorgelegt. Und der muss dann sagen, nein, können wir nicht, warum nicht, aber dann wird es beim nächsten Mal wieder vorgelegt. Das ist nicht so einer Sache, die dann weg ist, sondern sie kommt immer wieder. Der Rat muss natürlich auch vernünftig begründen, warum es nicht geht. Also dadurch ist er ganz schön unter Zugzwang. Irgendwann muss er diese Sachen durchgehen lassen.

(Katja Weber)

Sie haben gesagt, Sie werden vom Ministerium häufiger angefragt, um zu erläutern, was bei Ihnen in der Kommune passiert ist. Gibt es auch andere Kommunen, die das in der Presse wahrgenommen haben, da ist etwas passiert, wir könnten uns das auch vorstellen und wissen aber gar nicht, wierum zäumen wir das Pferd auf?

(Axel Fiedler)

Ich war mindestens in 12-14 Kommunen in ganz NRW und habe über unseren Aktionsplan berichtet. Meistens in Hauptausschusssitzungen oder Ratssitzungen wo geplant worden ist, so einen Aktionsplan zu erstellen. Die Frage nach den Kosten kam immer, es ist sicher ein Teil, aber es sollte kein Hindernis sein, mit einem Aktionsplan anzufangen. Es sind so viele Sachen, die gemacht werden müssen und dien nicht unbedingt einen finanziellen Hintergrund haben, aber dass man eine Stadt dazu bringt und eine ganze Gesellschaft, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, da ist ein Aktionsplan eine richtig gute Sache.

(Katja Weber)

Ich könnte mir vorstellen, dass Sie Fragen haben zu dem beschriebenen Procedere? Wie fange ich was an, was sind die Hindernisse? Seien Sie so freundlich und geben uns ein Zeichen. Die Dame in der Mitte des Raumes.

(Sprecherwechsel)

Rosenkranz, Viola, ich habe jetzt nicht unbedingt zu der Kommune eine Frage, sondern zur Mobilität. Ich bin jede Woche mit dem Zug unterwegs, weil ich aufgrund der Teilhabemöglichkeit in einem anderen Ort arbeite. Recht weit, und die Bahn hat seit dem 15. Dezember im IC von Köln nach Dresden die Bistroversorgung eingestellt, das heißt sie

fährt 7 Stunden durch Deutschland und es gibt nichts zu essen und zu trinken. Es ist nicht so, dass ich nicht daran denke, ich nehme auch manchmal etwas zu trinken mit, aber wenn man vergessen hat, etwas einzupacken, hat man 5 Stunden nichts zu essen und nichts zu trinken und man hat keine Möglichkeit, etwas zu kaufen. Das sollte in einem Teilhabegesetz Berücksichtigung finden. Das nächste ist: In Köln, wenn die S-Bahnen hin und her fahren, die halten ganz kurz an, ein älterer Mensch hat kaum eine Möglichkeit, aufzustehen und auszusteigen. Sie bleiben einfach an der Tür stehen, damit sie gar nicht erst in die Notlage kommen, aufstehen zu müssen und dann ganz schnell aussteigen zu müssen. Diese alltäglichen Sachen, die finden einfach keine Berücksichtigung. Dass man einfach mal daran denkt, dass ein Behinderter damit Probleme haben könnte.

(Katja Weber)

Gerade das zweite Beispiel ist schon etwas, wozu Sie etwas sagen könnten? Haben Sie darüber nachgedacht, nicht nur den Bus mit der Rampe anzuschaffen, oder dazu zu motivieren, dass sie angeschafft wird, sondern auch über die Taktung, was sind sinnvolle Anschlüsse, wie lange muss die Tür offen sein, damit ich rein und rauskomme?

(Axel Fiedler)

Also öffentlicher Nahverkehr nimmt bei uns in Wetter einen unheimlich großen Raum ein. Dadurch, dass wir die großen Einrichtungen haben, gerade am Wochenende ist da ein reger Verkehr mit Menschen mit Behinderungen, wir haben es immer wieder auf der Tagesordnung im Behindertenbeirat, wir laden auch immer wieder die Verkehrsunternehmen ein, sprechen dort über verschiedene Probleme. Über Zeiten, über Busfahrer, die auch Rollstuhlfahrer nicht mitnehmen, oder ganz aktuell, die wissen nicht was ein E-Scooter und was ein E-Rollstuhl ist, da sind wir ständig in der Diskussion, barrierefreier Umbau von Haltestellen, welche Kriterien sollen zu treffen? Da findet eine ständige Auseinandersetzung mit der Bahn bei uns in Wetter statt, es gibt eine Privatbahn, wo die wenigsten Probleme sind. Da ist ein ständiger Austausch vorhanden, gerade von den Personen, die betroffen sind, wenn wir auf der Tagesordnung öffentlicher Nahverkehr haben, dann haben wir zu den Personen, die bereits im Behindertenbeirat sind, unheimlich viele betroffene Besucher, die sich da zu Wort melden.

(Katja Weber)

In Berlin gibt es z. B. bei der neueren Generation von Bussen und Straßenbahnen, diesen Knopf, mit dem man anzeigt, dass man aussteigen will, auch mit Kinderwagensymbol, weil es einfach umständlicher ist, mit dem Kinderwagen ein- und auszusteigen, der ist so angebracht, dass es sichergestellt ist – unter optimalen Bedingungen, wenn Bus und Straßenbahn nicht gerade knacke voll sind –, man kann dem Fahrer zeigen: Halt einen Moment länger, das dauert ein bisschen. Das sind so Mini-Sachen, die aber natürlich in der Anschaffung – die sind in den alten Bussen und Bahnen nicht vorhanden – doch eine Menge Geld kosten.

(Axel Fiedler)

Wir haben es nur festgestellt, genau diese Sache, vor drei Wochen gab es ein Artikel, da hat unser Aktionsbündnis „Barrierefreies Wetter“, Mitglied im Behindertenbeirat, eine Testfahrt gemacht, die wollten mit dem Rollstuhl mit dem Zug fahren. Sie haben

festgestellt, dass erst einmal die Markierung nicht stimmt, wo der Zugang sein soll, und auch, wenn man die Markierung erreicht hat, dass es für den Rollstuhlfahrer unheimlich schwierig ist, den Knopf zu drücken. Im Endeffekt hat man gesagt, alleine kann ein Rollstuhlfahrer diese Bahn noch nicht benutzen, die wir in Wetter haben. Aber es wird etwas getan, es wird daran gearbeitet, das Ganze wird zur nächsten Sitzung mitgenommen, es ist ein unheimlich langwieriger Prozess, es ist auch verrückt, früher war die S-Bahn 96 Zentimeter hoch, unser Bahnsteig war 76 cm hoch, vor sieben oder acht Jahren ist unser Bahnsteig erhöht worden auf 96 cm, damit er barrierefrei ist, jetzt kommt die neue Generation von Zügen, die sind wieder 76 cm hoch –

(Katja Weber)

Ein stetes Arbeitsbeschaffungsprogramm.

(Axel Fiedler)

– entweder der Bahnsteig wird wieder heruntergebaut oder die Schienen werden hochgebaut. Es ist verrückt.

(Katja Weber)

Dann wäre es doch gut, miteinander zu sprechen. Bevor wir in die Kaffeepause gehen, würde ich Ihnen gern noch eine Frage stellen: Sie haben beschrieben, Sie waren schon lange Seniorenbeauftragter und sind dann zum Behindertenbeauftragten gekommen wie die Jungfrau zum Kind, ich habe heraus gehört, mehr oder minder ungefragt. Würden Sie nach Ihren praktischen Einblicken sagen: Ja, das stimmt, das gehört zusammen, oder gibt es doch Reibungsverluste oder Arbeitsbereiche, wo Sie sagen, nein, die haben nichts miteinander zu tun.

(Axel Fiedler)

Es gehört sicherlich in gewisser Weise dazu, Probleme, die Menschen mit Behinderungen haben, haben auch Senioren. Aber: Nicht alle Menschen mit Behinderungen sind Senioren. Senioren haben teilweise Behinderungen, gerade pflegebedürftige. Aber es gibt auch die jungen fitten Senioren, die sagen, wir möchten einen eigenen Beirat. Wir hatten eine Zeit lang die beiden Beiräte zusammen, bis wir festgestellt haben, es ist besser, zwei einzelne zu haben, weil die Interessen teilweise –, deswegen haben wir mindestens eine gemeinsame Sitzung im Jahr, die restlichen Sitzungen sind einzeln. Es sind Themen da, aber es ist wichtig, dass beide Bereiche vorhanden sind. Ich habe festgestellt, dass mein Bereich Senioren, wofür ich auch eine Ausbildung habe, dass der ein bisschen zu kurz gekommen ist. Bei der demographischen Entwicklung im Moment muss vielmehr getan werden in der Prävention, bei der Vorbeugung von Pflegebedürftigkeit, von Alterskrankheiten. Und wenn es schon soweit ist, dann muss für die Reha mehr gemacht werden. Auch vor Ort müssen Angebote gemacht werden. Wenn ich sehe, diese Zunahme an Rollatoren, muss das sein? Brauchen die ganzen Personen, die mit einem Rollator fahren, einen? Oder ist das eine Modeerscheinung geworden? Lernen die Leute nicht viel eher wieder selbstständig zu sein durch eine Reha? So einen Rollator sehe ich nur als erste Maßnahme nach einem Krankenhausaufenthalt oder wenn es gar nicht mehr geht. Ich kenne unheimlich viele, die laufen ständig mit einem Rollator herum, wo ich weiß, die würden vielleicht auch ohne Rollator klarkommen mit ein bisschen Übung. Das sind so

Bereiche, da würde ich gerne in Wetter in der nächsten Zeit ein bisschen mehr machen. In der Prävention.

(Katja Weber)

Dann haben Sie ja noch etwas vor! Vielen Dank, dass Sie sich trotzdem die Zeit genommen haben und hergekommen sind und uns gezeigt haben, wie es laufen kann. Dankeschön, Herr Fiedler! (Applaus) Und wir gehen jetzt in die halbstündige Kaffeepause und danach diskutieren wir über das, was wir zum Schluss schon angesprochen haben, den Zusammenhang von Alter und Behinderung und Alter und Pflegebedürftigkeit.

(Katja Weber)

Herzlich Willkommen zurück. Ich hoffe, die eingenommenen Tassen Kaffee verschaffen Ihnen das nötige Koffein für unsere letzte Veranstaltung im Behindertenforum: Die Podiumsdiskussion. Ich bin gespannt, wie wir die hier meistern. Das Thema finde ich fast eine leichte Überforderung: Alter und Behinderung/Pflegebedürftigkeit im Alter. Das sind zwei Themenbereiche, wir hatten es vorhin schon mit Herrn Fiedler angesprochen, die sich teilweise gar nicht so fein säuberlich voneinander trennen lassen, die sich durchdringen, aber Herr Fiedler hatte auch gesagt, es gibt da schon Vorbehalte und Gründe zu sagen: Das sollte man separat behandeln. Dazwischen steht nicht ein =, es mag Schnittmengen geben, aber es gibt auch Unterschiede.

Einige der Diskutanten sind Ihnen schon bekannt, deshalb möchte ich Sie Ihnen nur kurz vorstellen. Klaus-Dieter Schulze, der stellvertretende Vorsitzende der Bundesseniorenvertretung des dbb, er setzt diesen Fokus, er kommt selbst aus der Kommunalverwaltung und dockt insofern an das Thema an, das wir in den letzten Tagen hier bearbeitet haben. Neben ihm Kirsten Lühmann, Sie kennen sie als stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende, sie war in ihrem Leben vor der Politik Polizistin, ist 2009 für die SPD in den Bundestag eingezogen und dort befasst mit Verkehrspolitik, aber Kommunalpolitik ist für sie auch ein Thema. Neben ihr sitzt Claudia Peltzer aus dem Jugend- und Sozialamt Geilenkirchen. Was hat Jugend- und Sozialamt direkt mit unserem Thema zu tun? Das werden Sie hoffentlich gleich erleben. Anja Möwisch kennen Sie spätestens seit gestern, sie ist Anwältin mit Spezialisierung auf soziale Einrichtungen. Und neben ihr sitzt Heinz Pütz, der Vorsitzende der AG Behindertenpolitik, der Ihnen sicherlich auch bekannt ist.

Frau Lühmann, gestern hatten wir Ihre Parteigenossin zu Besuch, Frau Lösekrug-Möller, sie hat gestern ohne Ironie, so ist es bei mir angekommen, vom freundschaftlichen Verhältnis zwischen Bund und Ländern gesprochen. Ich stelle mir vor, dass in Ihrer praktischen Arbeit, im Unterausschuss für Kommunalpolitik im Bundestag vielleicht weniger aktiv Freundschaftspflege betrieben als vielmehr auch gestritten wird, oder sehe ich das zu schwarz?

(Kirsten Lühmann)

Guten Morgen, erfreulicherweise sehen Sie das zu schwarz, weil wir diesen Unterausschuss genau deshalb gegründet haben, weil wir gesagt haben, wir wollen bei unseren Entscheidungen auch das Gespräch mit den Kommunalvertretenden suchen. Natürlich sind für uns die ersten Ansprechpartner die großen Spitzenverbände in der Kommunalpolitik, die drei, die wir haben, aber bei einzelnen Themen holen wir uns durchaus auch Sachverstand von Gruppierungen, die zu dem jeweiligen Thema etwas

sagen können. Die Themen sind natürlich Barrierefreiheit, sie haben aber auch viel mit meinem anderen politischen Thema Verkehr zu tun. Denn wenn wir von Teilhabe reden, ist das Teilhabe in aller erster Linie an meinem Wohnort, wenn ich teilhaben will in den Bereichen Arbeit, Kultur, Politik und öffentliches Leben, hat es etwas damit zu tun, wie die Kommune mir ermöglicht, an diesen Dingen teilhaben zu können. Und da reicht es eben nicht, dass wir mit den kommunalen Spitzenverbänden reden, sondern wir müssen auch mit den Verbänden reden, in denen sich Betroffene organisieren. Und das tun wir auch. Und da es ein Unterausschuss ist, haben wir vielleicht etwas mehr Zeit, uns damit intensiver zu beschäftigen, als die großen Ausschüsse, die vollgepackt sind mit vielen Tagesordnungspunkten.

(Katja Weber)

Die Kommunen wiederum, wir haben es gestern gehört, fordern auch Teilhabe, nämlich Teilhabe an den Gesetzgebungsprozessen und sagen, wir werden da nicht genug gehört, ihr denkt euch immer ganz tolle Sachen aus, wir müssen es am Ende exekutieren und finanzieren. Würden Sie sagen, das hat sich geändert? Wird diese Klage noch geführt?

(Kirsten Lühmann)

Ja, diese Klage wird noch geführt. Nämlich in der Frage: Wann werden sie beteiligt und haben sie ein Einspruchsrecht? Und das ist richtig: Ein Einspruchsrecht haben sie nicht. Und ich glaube, das ist auch ein Problem, die dbb Beamten- und Tarifunion hat das auch angesprochen: Es gibt eine Regelung, dass bei allen Gesetzgebungen, die Kommunen betreffen, diese drei Spitzenverbände vorher gehört werden müssen – gehört. Nun hören wir auch alle unsere Kinder an, aber letztendlich entscheiden wir. Und genauso ist das im Bund: Bei den Dingen, die die Kommune betreffen, haben wir natürlich noch den Bundesrat. Und es heißt immer der Bundesrat ist der Sachwalter der Kommunen. Nun wissen wir aber auch, dass zwischen den Bundesländern und den Kommunen auch nicht immer Einigkeit herrscht. Insofern ist die Frage: Können die Länder immer Sachwalter der Kommunen sein? Ist das nun richtig oder nicht? Und ja, der Beamtenbund sieht es auch so, dass wir die Rolle der Kommunen beim Gesetzgebungsverfahren nicht ausreichend in unserem politischen System berücksichtigen.

(Katja Weber)

Gibt es eine Möglichkeit, das zu stärken? Gibt es praktische Ideen dafür?

(Kirsten Lühmann)

Eine Idee ist, dass wir z. B. bei Anhörungen die kommunalen Spitzenverbände vor die Klammer ziehen, so heißt das. Es ist so, wenn wir eine Anhörung zu einem Gesetzesverfahren machen, dann gibt es eine festgelegte Anzahl von Sachverständigen. In der Regel sind das sieben. Und die einzelnen Fraktionen können entsprechend ihrer Größe eine entsprechende Anzahl von Sachverständigen melden. Wenn wir den kommunalen Sachverstand da mit hineinpacken, dann wären von den sieben Sachverständigen schon einmal drei weg. Und es könnten nur noch vier Sachverständige aus anderen Bereichen kommen, z. B. von Selbsthilfverbänden oder dergleichen. Und da sagen wir, das ist ungerecht. Wir müssten diese drei Sachverständigen aus den kommunalen Spitzenverbänden vor die Klammer ziehen, oder vielleicht einen für drei, das

müsste der achte sein, dann müssten wir keine Partei verpflichten, dass sie den irgendwie melden. Das diskutieren wir gerade, und ich denke, das wird auch gute Erfolge zeigen.  
(Katja Weber)

Herr Schulze, wir diskutieren: Behinderung und Pflegebedürftigkeit im Alter. Was ist denn Ihre Erfahrung? Werden da die Kommunen ausreichend gehört?

(Klaus-Dieter Schulze)

Also aus meiner Sicht kann ich sagen, dass das leider nicht der Fall ist, obwohl dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Aber viele Kommunen verschanzen sich dahinter, dass sie, bezogen auch auf das Land Nordrhein-Westfalen, Solidarumlage zahlen müssen und sagen, wir können in diesen Bereichen nicht die Aktivität entwickeln, die wir gern entwickeln würden, weil uns das Geld fehlt, das uns andere entziehen. Dadurch liegen natürlich viele Dinge im Argen. Das gibt mir die Gelegenheit, mich noch einmal bei Ihnen und der Stadt Wetter recht herzlich zu bedanken. Ich hatte vorhin schon einmal gesagt: Wenn alles so in dieser Form laufen würde, dann bräuchten wir das Thema von heute kaum in dieser Vielfältigkeit diskutieren, denn das ist ein Paradebeispiel, wie es laufen könnte und laufen sollte. Auf der anderen Seite kommt noch dazu, Frau Weber, viele Kommunen unterliegen der Haushaltssicherung, das heißt, sie haben zusätzlich keine Möglichkeiten Gelder auszugeben und leider wird in den sozialen Dingen in allen Bereichen gespart und ich denke, gerade das ist der Bereich, wo nicht gespart werden sollte, sondern wo Geld eingesetzt werden müsste. Die Kämmerer sagen: Macht uns einen Vorschlag, wo wir einsparen können, dann tun wir das. Und es sind alle Ressourcen so ausgeschöpft, dass es derzeit keinen großen Spielräume gibt.

(Katja Weber)

Aber Sie kommen ja selbst beruflich aus der Kommunalverwaltung. Was wäre denn dann Ihr Vorschlag an die Kämmerer? Was sind die wesentlichen Bedürfnisse von alten Menschen mit Pflegebedarf, mit Behinderung?

(Klaus-Dieter Schulze)

Wir hatten gestern schon einmal das Thema Bauen. Bauen ist der Hauptpunkt, denn die Menschen bleiben heute in ihren Häusern. Dafür haben sie gespart, dafür haben sie sich krumm gelegt und wir sind nun einmal alles Menschen. Bauvorhaben, die vor 30 oder 40 Jahren installiert wurden, entsprechen natürlich heute nicht mehr dem Stand, der zweckmäßig wäre. Der Mensch wird natürlich auch klüger, man lernt aus Erfahrungen. Ich denke auch, dass der Bereich Alter und Pflege in den letzten Jahren etwas stiefmütterlich behandelt wurde, ich nehme mich gar nicht aus. Ich bin jetzt seit sieben Jahren nach der dritten Etappe in der Gewerkschaftsarbeit im Bereich der Seniorenarbeit angekommen, danach kommt also nichts mehr. Und ich stelle bei mir selbst erstaunlicherweise fest, wie sinnvoll es ist, sich mit diesem Themenblock auseinanderzusetzen. Darum haben wir auch die Forderungen gestellt: Die Architekten müssen sich im Studiums auf den neuesten Stand einstellen können.

(Katja Weber)

Ist das immer noch eine Forderung oder wird das bereits in der Ausbildung praktiziert?

(Klaus-Dieter Schulze)

Es ist leider noch eine bestehende Forderung. Wir haben diese Forderung – da bin ich Herrn Pütz sehr dankbar, er war seinerzeit Initiator dieses Anliegens – noch einmal aufgegriffen, auch bei unserem ersten Bundesseniorenkongress 2013, da haben wir eine Riesenpalette erstellt, dazu gehört das auch. Denn nur ein neuer Architekt, der weiß, worauf es ankommt, kann sich dementsprechend auf diese Veränderungen einstellen. Ich Alles, was nachgerüstet wird, da gibt es die Möglichkeit, dass ein Lift mit 4000 oder 5000 € bezuschusst wird, das ist im Grunde Flickwerk, das bleibt Flickwerk, da brauchen wir uns nichts vorzumachen und hier müssen wir in Erkenntnis dessen, was auf die ganzen anderen Generationen zukommt –, wobei ich sage, der alte Mensch hat schon Beeinträchtigungen hinzunehmen, aber Behinderte noch mehr, und Alter und Behinderung zusammen, das ist ganz katastrophal und wir wissen alle, da nehme ich mich auch gar nicht aus, man möchte das, was man einmal geschaffen hat in Form eines Hauses auch so lange wie möglich nutzen und nicht den Eindruck haben, jetzt hast du dich dafür krummgelegt, hast die Kosten aufgebracht, jetzt musst du raus, nehmen wir mal stationäre Pflege, das will ich nicht weiter ansprechen. Also es ist wirklich wichtig, dass die Fachleute richtig planen können im Interesse der Menschen, die von diesen Dingen betroffen sind.

(Katja Weber)

Wie wir auch gestern gehört haben, ist das nicht immer die kostenfreundlichste Lösung, dann zu sagen: Du musst stationär versorgt werden. Frau Peltzer, ich würde Sie gerne einmal fragen, Sie sind Sachbearbeiterin im Jugend- und Sozialamt Geilenkirchen, wie ist es von Ihrer Seite des Schreibtisches? Was sind da die größten Probleme alter und pflegebedürftiger Menschen?

(Claudia Peltzer)

Ich möchte mich auch bei Herrn Fiedler aus der Gemeinde Wetter bedanken, die vorbildlich in dem Bereich arbeitet und ich muss ganz ehrlich sagen, ich komme mir vor wie ein Waisenkind, weil in der Gemeinde, in der ich arbeite, ich arbeite bei der Stadt Geilenkirchen im Jugend- und Sozialamt, diese Themen gar nicht so konkret angesprochen werden.

(Katja Weber)

Da müssen Sie Herrn Fiedler mal einladen –

(Claudia Peltzer)

Ja, ich habe schon sein Kärtchen und ich werde Sie bei uns vorstellen. Unser Problem ist, dass alle von Barrierefreiheit reden, die Barrierefreiheit hört bei uns in dem Moment auf, wo der Rollstuhlfahrer gar nicht in unsere Büros fahren kann, die Türen sind zu klein. Unser Rathaus ist in den neunziger Jahren neu erbaut worden. Da waren die Türen halt zu klein. Die sind auch noch nicht nachgerüstet worden. Wir sind dabei, diese Barrierefreiheit herzustellen, aber bei uns steckt noch alles in den Kinderschuhen.

(Katja Weber)

Was heißt das dann praktisch? Wenn ich zu Ihnen komme, mit dem Rollstuhl, beraten Sie

mich auf dem Flur, im Treppenhaus? Wirklich?

(Claudia Peltzer)

Ja. Das ist doch schrecklich, oder? Wenn kein geeignetes Büro frei ist, kann es passieren dass man diese kurze Beratung im Flur macht. Man beschränkt sich auf eine kurze Beratung, weil man auch Datenschutzgründe berücksichtigen muss, man kann nicht alles im Flur besprechen. Es ist nicht befriedigend. Ich hatte das Gespräch mit Frau Bentele sehr aufmerksam verfolgt, ich hatte mir einige Stichpunkte im Vorfeld gemacht, die sie alle angesprochen hat. Ich finde auch, dass gerade in Kommunalverwaltungen zentrale Anlaufpunkte sein sollten, kurze Wege, die Leichte Sprache in den Anträgen, die ist sehr wichtig. Ich habe versucht, etwas zu finden, was ich meinem Publikum anbieten kann. Ich habe nichts gefunden. Schade. Anträge und Formulare in einfacher Sprache.

(Katja Weber)

Die sind in dem Deutsch, wie wir es vom Finanzamt oder so kennen? Wo man auch mit einem höheren Schulabschluss nicht genau weiß, was gemeint ist?

(Claudia Peltzer)

Genau das meine ich. Man muss diese Anträge ganz klar strukturieren, damit sie jeder ausfüllen kann. Wir sind eine ganz kleine Verwaltung. Alle kennen mich, denn Geilenkirchen ist nicht groß. Und wenn jemand ein Problem hat, dann heißt es: Geh damit mal zu Frau Peltzer, die wird dir helfen. Die füllt den Antrag aus, die kann dir sagen, geh da und da und da hin. Das ist von meinem Sachgebiet her ja nicht meine Aufgabe. Ich mache es aber.

(Katja Weber)

Würden Sie sich da noch eine Qualifizierung wünschen? Wir haben ja gehört, im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes soll es eine Qualifizierung für Menschen aus Ihrem Aufgabenbereich geben, damit sie diese Unterstützung nicht leisten können, weil sie nett sind, sondern weil es ihr Job ist und sie dafür ausgebildet sind.

(Claudia Peltzer)

Da muss eine Qualifizierung stattfinden. Es muss eine kleine Gruppe in der Lage sein, sich speziell um diese Belange zu kümmern, dass die Leute sich gut aufgehoben fühlen und direkt wissen, ich muss dahin oder dahin gehen und nicht: Ich muss zuerst dahin gehen, wenn das nicht klappt, dann dahin. Das ist schrecklich. Ich halte es für äußerst wichtig, dass da eine Qualifizierung im Verwaltungsbereich stattfindet.

(Katja Weber)

Frau Möwisch, wir haben gestern schon einmal über die Frage gesprochen: Wo ist denn diese Beratung anzusiedeln? Wer nimmt die wahr? Wäre das ein Modell, das Sie favorisieren würden, dass also die Leute in der Verwaltung, im Sozialamt, die durch ihre Tätigkeit schon einen Einblick in den Papierkram haben, diese Beratungsfunktion gleich mit übernehmen?

(Anja Möwisch)

Ich halte die Kommune für einen ganz wichtigen Partner in der Beratung, und wenn man sich an die Kommunen wendet, müssen wir qualifizierte Menschen in der Verwaltung haben, die diese Beratungsaufgabe leisten. Was ich präferieren würde, wenn ich nach meinem Wunsch- und Wahlrecht auch andere Personen für die Beratung hinzuziehen möchte, dass ich noch andere qualifizierte Beratung bekomme, dass ich dort ein Netz habe. Wenn ich nicht mehr in der Lage bin, z. B. in die Verwaltung zu gehen, weil ich eine Beeinträchtigung im Gehen habe, weil ich nicht sehen kann, weil ich eine Behinderung habe, dann muss ich auch die Chance haben, mir Beratung nach Hause zu holen. Und ich würde nicht dafür stehen, dass es ausschließlich eine kommunale Aufgabe ist, sondern ich würde auch sagen: Alle, die in dem Bereich tätig sind und Beratung leisten können, sollten für eine solche Beratungsaufgabe geschult werden, das heißt, dass da vom Grundsatz eine Refinanzierung zur Verfügung steht.

(Katja Weber)

Ich weiß, Frau Peltzer, weil wir im Vorfeld der Veranstaltung schon einmal telefoniert haben, dass Sie auch zu den Leuten nach Hause gehen, wenn es Schwierigkeiten gibt rein technischer Art, zu Ihnen zu gelangen. Steht das irgendwo auf der Homepage Ihrer Stadt, kriegen Sie das von Ihrem Arbeitgeber auch vergütet und wird das als Arbeitszeit angerechnet, oder wächst das auf ihrem privaten Mist?

(Claudia Peltzer)

Nein (Lachen), ich habe einen sehr toleranten Amtsleiter und wenn solche Besonderheiten anstehen, wenn jemand krank zu Hause ist oder jemand sein häusliches Umfeld nicht verlassen kann, dann fahre ich da natürlich hin, um den Antrag aufzunehmen oder um beratend zur Seite zu stehen. Ich bekomme das schon als Arbeitszeit vergütet.

(Katja Weber)

Aber das beruht auf dem guten Willen Ihres Vorgesetzten?

(Claudia Peltzer)

Ja, das ist richtig.

(Katja Weber)

Ich würde gerne noch einmal auf einen anderen Aspekt zu sprechen kommen: Das leidige Thema Geld, das natürlich immer wieder durchscheint bei unserer Diskussion. Die Grundsicherung im Alter wird seit vergangenem Jahr vom Bund getragen, wir reden jetzt auch mit Blick auf alte Menschen. Hilft das den Kommunen Ihrer Erfahrung nach, Frau Möwisch? Es gab ja auch Kritik bei der Verabschiedung des Gesetzes, dass das ein Kuhhandel sei und nicht dort ankäme, wo es hingehört.

(Anja Möwisch)

Ich denke, dass die Kommunen mit dieser Beratungsaufgabe im Augenblick einen sehr großen Part abdecken müssen, wo die Refinanzierung fehlt. Das ist mein Eindruck, das ist

auch die Rückmeldung. Dadurch, dass die Anträge sehr komplex sind, sehr unterschiedliche Leistungsträger dahinterstehen und die Informationen zum Teil nur selektiv zur Verfügung stehen. Das wird auch gesteuert durch die Kostenträger, die im Endeffekt für die Finanzierung dastehen. Und dafür sind aus meiner Sicht im Augenblick nicht ausreichend Finanzmittel bei den Kommunen vorhanden. Und auch die Qualifizierung fällt den Kommunen schwer. Ich bemerke sehr viel Engagement bei den Beratungsstellenleistern, das kann man überhaupt nicht anders sagen, man bemüht sich sehr darum, dass eine Aufklärung stattfindet, man versucht sich auch in Technisierung, in Datenbanken, die aufgebaut werden, damit Beratung geleistet werden kann. Aber auch bei den Unternehmen, die Pflegedienste nach Hause schicken, liegt eine Kompetenz, und die sollte man anerkennen und nicht nur sagen: Die können das unentgeltlich mitmachen. Wenn man da Hand in Hand arbeiten würde und sagen würde: Das können wir als Pflegedienst leisten. Da gibt es andere Möglichkeiten. Oder: Die Kommune steht Ihnen zusätzlich für solche Beratungen zur Verfügung – und man hat dafür Budgets eingestellt, dann wäre das ein sehr viel zukunftsweisenderer Weg.

(Katja Weber)

Was passiert denn Ihrer Erfahrung nach, wenn den Senioren mit Beratungsbedarf nicht bekannt ist, dass die Frau Peltzer auch zu ihnen nach Hause käme oder ihnen im Büro helfen würde, die Anträge auszufüllen. Wenn die Leute nicht informiert sind: Wo gehe ich hin, wo werde ich wirklich gut beraten? Was passiert dann? Fallen die durch einen Rost? Geht jemand aktiv auf sie zu?

(Anja Möwisch)

Man muss einfach mal schauen: Wie gehen Angehörige an das Thema ran? Hier ist es häufig so, dass der nachbarschaftliche Bezug, nach dem Motto: Meine Freundin A oder B hat dort eine Beratung von C oder D bekommen. Da ist die Vertrauensbasis, eine Beratung in Anspruch zu nehmen, einfach besonders groß. Deswegen sage ich: Wir sollten den Betroffenen selber ermöglichen, auf ihrem Wege Beratung zu machen. Und es ist manchmal ein Zufallsprinzip, ob man weiß, welche Leistungsansprüche es wo gibt. Und das darf nicht sein. Deswegen sage ich: Wir brauchen einen persönlichen Ansprechpartner in Form einer natürlichen Person, um das auch klar darzustellen. Aber die natürlichen Personen sollten unterstützt werden durch geeignete technischen Lösungen, wo ihnen auf einfach strukturierte Art und Weise diese rechtlichen Informationen verständlich aufbereitet werden. Und deshalb bin ich für diese persönlichen Ansprechpartner, so dass man sagt: Okay, man kann diese Informationen auch beim Nachmittagstreffen des Seniorencafés bekommen. Wir haben z. B. eine sehr schöne Institution, die Seniorenvertretung in Hannover hat sich mit dem DRK zusammengetan, das DRK stellt die Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung und sie haben so einen Klönnachmittag. Und da fallen ganz viele Informationen, denn das hat sich so herumgesprochen, und man weiß, die Seniorenvertretung ist ganz aktiv. Und wenn man sagt, die Seniorenvertreter der Städte werden über so eine technische Assistenzlösung mit angebunden, die kriegen eine Grundausstattung, so dass sie über eine Technik diese Informationen kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen. Und dann können sie sagen: Für Ihren Stadtteil, da ist die Kommune, da ist ein Pflegestützpunkt. Es gibt drei Anbieter. Diese drei Anbieter haben folgende Beratungsstellen. Dass man vielleicht auch drei oder vier Alternativen hat, wo man hingehen kann und sich vielleicht über unterschiedliche Beratungen zu dem Themenfeld das für sich geeignetste Angebot zusammenstellen kann.

Ich glaube, dass das zukunftsweisend ist.

(Katja Weber)

Herr Pütz, dann nehmen wir jetzt mal das Worst-Case-Szenario: Der Senior ist nicht nur alt, er ist vielleicht auch pflegebedürftig und krank. Und dann kommt da noch mit hinein: Er ist einsam. Ihm fehlen die Freundinnen A und B. Er geht nicht zu irgendeinem Klönnachmittag. Er ist abgekapselt. Wie erreicht das Amt oder egal welche Beratungsinstitution den einsamen Menschen mit Pflegebedarf?

(Heinz Pütz)

Da sprechen Sie wirklich einen wunden Punkt an. Das hängt auch immer davon ab, wie die Sache in einer Kommune organisiert ist. Ich habe da voller Bewunderung auf die Ausführungen von Herrn Fiedler geachtet. Ich bin auch ein bisschen neidisch geworden, Frau Peltzer hat es gesagt, wir kommen aus der gleichen Kommune, und ich bin dort Behindertenbeauftragter im Ehrenamt, und wir sind meilenweit von dem entfernt, was in Wetter an der Ruhr geschieht und geschehen ist. Aber wir sind dabei, uns auf den Weg zu machen.

Wie erreichen wir diese Menschen? Indem man ein Netzwerk aufbaut, um mit Mund-zu-Mund-Propaganda, ähnlich, wie das bei den fachlichen Besuchen der Fall ist, zu schauen: Was geht? Aber dafür ist ein Sensibilisieren aller, die in dieses Netzwerk gehören, erforderlich. Das ist ein schwieriges Unterfangen und man kann auch durch Mund-zu-Mund-Propaganda sagen: Da haben wir Menschen besucht, die einsam sind. Da haben wir uns um Menschen und ihre Probleme gekümmert. Das spricht sich gegebenenfalls herum. Und es wird dann aber auch durch die Verantwortlichen in einer Kommune transportiert, dass eine Kommune eine solche Möglichkeit anbietet.

(Katja Weber)

Jetzt haben Sie gesagt, Sie sind Behindertenbeauftragter. Ich hatte es vorhin schon mal im Gespräch mit Herrn Fiedler angesprochen: Finden Sie es sinnvoll, diese Funktion mit der eines Seniorenbeauftragten zu koppeln? Herr Fiedler hatte auch darauf hingewiesen: Das müssen nicht immer die gleichen Interessen sein.

(Heinz Pütz)

Ob es sinnvoll ist, es zu koppeln, hängt auch immer davon ab, wie das in einer Kommune gelebt wird. Der Seniorenbeauftragte und der Behindertenbeauftragte – das kann in einer Kopplungsaktion laufen. Aber mehrere Hände, mehrere Augen sehen mehr als zwei, wenn es da eine konstruktive Zusammenarbeit gibt, die man unbedingt anstreben sollte, wäre ich auch dafür, dass der Seniorenbeauftragte und der Behindertenbeauftragte Hand in Hand arbeiten. Man kann es koppeln, man muss es aber nicht. Und auch dann würde sich der gewünschte Erfolg einstellen, weil wir von der Intention überhaupt nicht auseinander sind.

(Katja Weber)

Frau Lühmann und vielleicht Herr Schulze: Was wäre da Ihr Plädoyer? Verstärkt das die Kräfte, wenn diese Funktionen in Personalunion gesetzt werden oder verwässert das dann

doch an den Randbereichen?

(Klaus-Dieter Schulze)

Ich habe Respekt vor der Arbeit in Wetter und es scheint ja da zu laufen. Das ist für mich neu. Persönlich ist mein Empfinden: Ich wäre für eine Trennung. Wir haben bei uns auch einen Seniorenbeauftragten, der im Hauptjob damit beschäftigt ist und noch keinen für Behinderten-Aufgaben. Insofern komme ich jetzt zu einem Denkprozess für mich selber, ich bleibe aber bei einer Trennung, denn Alter und Behinderung sind zwar unter einem Dach zu bearbeiten, aber man sollte es doch mit zwei verschiedenen Personen machen. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, machen Sie es auch so, dass Sie mit den Gremien als Dach zusammenarbeiten, aber Ihr Hauptjob gekoppelt ist mit den beiden Funktionen in einer Hand. Ich bin mal gespannt, wie Sie damit um gehen. Ich werde mir diese Informationen auch herausziehen. Aber ich bleibe gefühlsmäßig dabei: Es sind für mich zwei verschiedene Paar Schuhe. Wir haben auch das Alter zu berücksichtigen, es gibt nicht nur Behinderte, es gibt nicht nur Alter mit Behinderung. Sondern es gibt auch das klassische Alter, wo die Leute wirklich fit sind, aber durch irgendwelche Einflüsse und Umstände sagen: Ich fahre jetzt kein Auto mehr, wenn der Verkehr kommt, das macht mich verrückt. Einige sagen auch: Wir fahren nicht mehr mit dem Fahrrad. Auch aus diesen Gründen. Das ist ein ganz anderer Personenkreis, um den man sich kümmern müsste, auch soll. Ich denke, das kann man besser, wenn man es gezielt auf eine Personen Gruppe ausrichtet. Aber ich lasse mich gerne auch eines Besseren und Anderen belehren.

(Katja Weber)

Frau Lühmann, wie ist Ihre Position zum Thema? Sollte man die Funktionen koppeln oder schön auseinanderhalten und da zusammenbringen, wo es passt?

(Kirsten Lühmann)

Letzteres, ich bin der Meinung, dass die verschiedenen Bereiche zwar teilweise Überschneidungen haben, aber auch ganz viele Bereiche, wo sie unterschiedlich agieren. Wenn wir das Thema Menschen mit Behinderung nehmen, haben wir als ganz wichtigen Faktor den Faktor Arbeit. Wenn ich eine Beeinträchtigung habe, dann ist die Aufgabe der Behindertenbeauftragten/des Behindertenbeauftragten aus meiner Sicht auch, dafür zu sorgen: Wie kann ich in diesem Umfeld Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen. Wen kann ich ansprechen? Wie muss ich es ansprechen? Wie kann ich beraten? Welche Möglichkeiten gibt es? Das würde bei einer Seniorenbeauftragten/einem Seniorenbeauftragten wegfallen, denn da reden wir nicht mehr über die Frage der Erwerbstätigkeit, sondern wir reden über die Frage: Wie kann ich auch ohne Erwerbstätigkeit teilhaben? Denn das wird sehr schwierig. Wir definieren in Deutschland Teilhabe noch sehr viel über den Arbeitsprozess. Und wenn ich aus dem Arbeitsprozess raus bin, bin ich von ganz vielen Informationsquellen abgeschnitten und muss erst einmal zusehen, dass ich mir neue Kanäle schaffe, um Teilhabe zu erfahren. Deswegen finde ich es ganz wichtig, dass es beide Funktionen mit beiden Arbeitsbereichen gibt und dass sie auch zusammenarbeiten, wo es Überschneidungen gibt.

Aber noch viel wichtiger ist, dass die Kommune mit ihnen zusammenarbeitet. Wir haben über Teile gesprochen, wo wir gesagt haben, da sind die Kommunen überfordert, weil sie

die Geldmittel nicht haben. Aber wenn wir von Teilhabe reden, gibt es ganz viele Dinge, die in Zusammenarbeit mit den beiden Beauftragten organisiert werden können, die nichts oder wenig mit Geld zu tun haben. Bei uns ist es so, dass der Landkreis Celle die Seniorennachmittage organisiert, wo die Informationen verbreitet werden können. Die Kommune organisiert Bürgerbusse mit, damit der Weg zur Haltestelle des ÖPNV verändert wird. Die Kommune kann organisieren, dass es bei den örtlichen Einkaufsläden einen Lieferservice gibt. Die Kommune kann organisieren, wie mache ich Teilhabe? Bei einer Wahl habe ich mal spaßeshalber nachgefragt, ob die die Schablonen für Menschen mit Sehbehinderung haben. Da haben die gesagt: Nein, wenn das einer haben will, dann muss er das vorher beantragen. Und was ist, wenn ich am Sonntag hier stehe und wir wählen? Ja, dann haben wir ein Problem. Ich glaube, die liegt im Rathaus, aber genau weiß ich es auch nicht.

(Katja Weber)

So, wie Ihre Brille vielleicht auch zu Hause liegt. Da kann auch jemand kommen, der potentiell sehkräftig ist, aber er hat blöderweise nicht die richtige Brille mit.

(Kirsten Lühmann)

Also das ist die Frage, Teilhabe, da gibt es sehr viel, z. B. die Leichte Sprache. Der Bundestag hat in seiner Publikation seit neuestem immer eine Beilage in Leichter Sprache. Wir haben jetzt die ersten Anträge, die wir vorher in einen Sprachcheck gegeben haben, auch an ein Institut für Leichte Sprache gegeben. Wir machen viele Übersetzungen für Menschen mit Migrationshintergrund, es gibt auf den Ämtern viele Merkzettel in türkischer, russischer Sprache, weil es die größten Bevölkerungsgruppen sind, die wir erreichen wollen. Gibt es bei Ihnen (Frage an Frau Peltzer) einen Merkzettel in Leichter Sprache? Nein. Das ist die Sache, wo ich sage: Wenn wir das sowieso in die Übersetzung geben, da können wir das auch machen. Die Politik versucht es gerade. Wir haben jetzt den ersten Antrag, der komplett überarbeitet wurde, weil uns dieses Übersetzungsinstitut gesagt hat: Das versteht kein Mensch. Da stellen wir ein paar Sachen um. Der Inhalt blieb der gleiche, aber jetzt können vielleicht ein paar mehr Menschen verstehen, was wir eigentlich wollen.

(Katja Weber)

Herr Schulze, vielleicht können Sie noch einmal ausführen, was Seniorenbeiräte in Kommunen denn realistisch erreichen können und wie das auch mit der Kommunikation funktioniert? Bei Herrn Fiedler war der Weg durch jahrelange Vorarbeiten schon ein bisschen bereitet und die Menschen im Rat der Stadt für das Thema sensibilisiert.

(Klaus-Dieter Schulze)

Ich kann nur noch einmal meinen Respekt ausdrücken für die Stadt Wetter, so weit sind wir und die meisten Kommunen noch nicht –

(Katja Weber)

Herr Fiedler, da können Sie Ihrem Bürgermeister noch einen großen Strauß Blumen

mitnehmen aus Berlin –

(Klaus-Dieter Schulze)

Das wäre in der Tat verdient, oder eine Extraprämie für den städtischen Haushalt mit dem Verwendungszweck: Für Ihre Arbeit. Die Arbeit der Seniorenbeauftragten vor Ort insgesamt ist nicht nur wichtig, sie haben auch den Kontakt zum Rat und zum Bürgermeister. Wenn Veranstaltungen des Seniorenbeirates stattfinden, werden sie zusätzlich für Sozialverbände und für den Bürger geöffnet. Ich habe das letzte Mal für den Rat daran teilgenommen, da waren 100 Leute, das ist außergewöhnlich, einmal die aus den Sozialverbänden, die immer da sind, aber auch ein großer Teil aus der klassischen Bürgerschaft. Und da kommen natürlich die großen Anregungen. Der Vorstand des Seniorenbeirates nimmt sie auf, sie werden protokolliert, mit diesem Protokoll wird eine Abhandlung gemacht, die wird dann dem Bürgermeister vorgelegt und der Bürgermeister, das haben wir so geregelt, bekommt als Unterlage für die Ratssitzung immer das, was an Anregungen des Seniorenbeirates gekommen ist. Da wird eine gute Arbeit geleistet, von Hospizbehandlungen über Pflege, es gibt Werbematerialien. Das Letzte, was sich bei uns herauskristallisiert hat sind die „Wichtel“. Wie diese Wichtel, die heimlich ihre Arbeit machen. Dahinter verbirgt sich eine Gruppe von etwa 20 Leuten, die handwerklich tätig waren und jetzt im Ruhestand sind und sagen: Wir machen es jetzt so: Für jemanden, der nicht zu den reichsten Menschen der Welt gehört, machen wir diese Reparaturarbeiten kostenlos. Wir wollen dann nur die Materialkosten, aber Anfahrtskosten und Arbeitslöhne nehmen wir dafür nicht. Und das ist eingeschlagen wie eine Bombe in den letzten Tagen. Ich habe gar nicht geglaubt, wie viele Leute das in Anspruch nehmen. Das fand ich ganz toll. Insofern bewegen wir uns von ganz unten immer schrittweise nach oben. Step by step. Irgendwann werden wir vielleicht auch noch einmal da landen, zwar nicht von heute auf morgen, aber es sind kleine Schritte, wo man sieht, wie man weiterkommt. Und es gibt dann auch die Informationen über Sprechstunden im Haus, über Altenheimenrichtungen, Pflege, an wen kann ich mich wenden, mit Hinweisen von den Pflegestationen, Caritas, Diakonie und alles, was dazu gehört.

(Katja Weber)

Das möchte ich noch einmal aufgreifen, denn das ist ein Aspekt, den hatten wir hier noch nicht so explizit seit gestern in der Diskussion. Wir haben über die technischen Apparaturen gesprochen, Frau Möwisch hat darüber referiert und wir haben anschließend darüber geredet. Sie bringen jetzt diese Wichtel auf, den Bereich Ehrenamt. Herr Pütz, was würden Sie sagen? Ist das ein Posten, der noch stärker aktiviert werden muss? Den man aktiv aufgreifen muss?

(Heinz Pütz)

Das ist eine Sache, die noch ziemlich unbekannt ist und dadurch in den Kinderschuhen steckt. Man muss so etwas transportieren. Es ist auch politisch gewollt, dass das Ehrenamt gestärkt wird, dass man natürlich durch diese Dinge Ressourcen auffangen kann, die die Verwaltung nicht hat. Das ist nicht immer nur Geld, das ist auch Personal. Ich denke schon, wenn man so etwas intensiv betreibt, kann man damit Ressourcen auffangen und Dinge regeln, die dahin geregelt werden sollten und manchmal scheitert an der bürokratischen Hürde dann die Umsetzung. Das halte ich für eine ganz wichtige Aktion, das muss natürlich auch bekannt sein. Das bringt was.

(Katja Weber)

Frau Möwisch, wir hatten auch ein Vorgespräch im Vorfeld des Forums, da haben Sie gesagt, Sie nervt an der Debatte, wie sie in den Kommunen geführt wird, dieses Lamento: Zu wenig Personal. De facto stimmt das natürlich, wenn man sich z. B. die Berliner Verwaltung anschaut, sie wurde seit der Wende eklatant zusammengeschmolzen, da wurde einfach Personal abgebaut. Jetzt haben wir noch den Bereich Ehrenamt angesprochen. Ist es okay, diese früher bezahlte Arbeit outzusourcen und zu sagen: Ihr rüstigen Rentner und Menschen, die teilhaben wollen in der Kommune, macht ihr das doch bitte?

(Anja Möwisch)

Ich möchte das gern differenziert angehen. Ich habe nicht gesagt, dass es nervt, dass die Kommunen zu wenig Personal haben. Ich denke, überall, sei es in den Unternehmen oder Kommunen, ist der Bereich der Personalkosten einer der Kostenfaktoren. Und es wird immer versucht, noch effizienter und noch mehr auf die vorhandenen Köpfe zu verteilen und mit den Ressourcen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erreichen. Das führt natürlich dazu, dass die einzelnen, die die Arbeit zu bewältigen haben, größeren Belastungen ausgesetzt sind. Auf der anderen Seite haben wir sehr viele Menschen, die ohne Arbeit eine sinnvolle Aufgabe brauchen oder haben möchten oder die durch eine Beeinträchtigung in Vorruhestandsregelungen sind. Die Frage ist nur: Was machen wir mit dem Thema Ehrenamt und erwarten wir einfach diese kostenlose Arbeit? Ich fände es schön, wenn man diese ehrenamtliche Arbeit in einem gewissen Maße finanziell vergüten könnte, wenn man zumindest das Thema Aufwandsentschädigung und Teilerkennung, die fehlende Anrechnung auf Renten bedenken würde. Wir haben in Senioreneinrichtungen häufig die Thematik, dass die Johanniter und die Grünen Damen kommen, das ist auch eine sehr sinnvolle und für viele Einrichtungen eine kaum noch wegzudenkende Unterstützung der Arbeit.

(Katja Weber)

Sagen Sie uns noch für die, die es nicht wissen, zu denen ich zähle, wer die Grünen Damen sind?

(Anja Möwisch)

Die Grünen Damen sind die, die für die Johanniter ehrenamtlich an die Krankenhausbetten gehen, kleine Erledigungen und Unterstützungsleistungen machen, etwas einkaufen, Post vorlesen, einfach ein wenig Zeit haben für die Menschen, die im Krankenhaus sind und einsam sind. Ich finde, das muss man auch anerkennen. Wir finden in Senioreneinrichtungen kaum noch Ehrenamtliche. Das muss man so sehen. Das Engagement ist enorm groß, aber die Anzahl der Menschen, die dafür noch Ressourcen haben, ist relativ gering. Ich finde, das sollte man fördern, indem man auch ein gewisses Maß an finanzieller Anerkennung möglich macht.

(Katja Weber)

Frau Peltzer, wäre das etwas? Würde das Konzept, wie es Frau Möwisch gerade entwickelt hat, Ihre Arbeit erleichtern? Die ehrenamtliche Arbeit annehmen und fördern, aber dann eben auch honorieren. Und das nicht nur mit einer Grußkarte zu Weihnachten,

sondern mit eine Anrechnung auf die Rente?

(Claudia Peltzer)

Grundsätzlich finde ich ehrenamtliches Engagement unheimlich wichtig und unverzichtbar, aber in diesem Bereich, den wir heute angesprochen haben, glaube ich, passt es nicht ganz. Wir sprachen eben davon, das Fachpersonal weiter qualifiziert werden muss, ich finde, da ist der Ansatzpunkt. Da muss man bestimmte Strukturen finden und die umsetzen. Das ist, meine ich, Aufgabe der Kommune. Es kann nicht sein, dass diese Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, von Ehrenamtlern gemacht werden sollen.

(Katja Weber)

Ich glaube, das war auch gar nicht unbedingt das, was Frau Möwisch meinte –

(Anja Möwisch)

Bei den Grünen Damen ist es so, wenn eine Dame im Krankenhaus das Formular nicht mehr ausfüllen kann, dann schaut man, ob man unterstützen kann, aber es kann nicht die Aufgabe ersetzen. Das muss ganz klar sein. Es ist lediglich bei der Umsetzung ein Thema, was Seniorenvertretungen zum Teil auch machen, dass sie einfach als menschliche Ansprechpartner zur Verfügung stehen, aber nicht als qualifizierte Fachkräfte. Das kann definitiv nicht ersetzt werden. Es geht lediglich um die reine Logistik, ein Formular besorgen, vorlesen, eine Erledigung machen, etwas zur Post bringen, das kann unterstützt werden, aber es kann nur eine Ergänzung zur fachlichen Tätigkeit sein.

(Katja Weber)

Jetzt reden wir über die Ressource Zeit beim Ehrenamt. Wie würden Sie das gewichten? Würden Sie, Frau Lühmann, sagen, ja, über eine Anrechenbarkeit müssen wir reden. Vielleicht tun Sie es auch schon im Bundestag? Das würde uns interessieren. Wie würde so ein Konzept aussehen?

(Kirsten Lühmann)

Der Bundestag diskutiert genau über diese Dinge. Geld ist immer sehr schwierig, aber wir diskutieren sehr intensiv über eine Anrechenbarkeit bei der Rente. Mir geht es aber um einen anderen Punkt. Wir haben in den verschiedenen Gremien des Beamtenbundes Tarifunion intensiv über diese Thematik diskutiert. Und wir sind uns alle einig: Wir reden nur über Zeit, wir reden über einen Besuchsdienst, über jemanden, der eine Person beim Einkaufen begleitet. Aber was wir in der politischen Realität sehen, ist, dass es weit darüber hinausgeht. Und dann sagen wir natürlich als Gewerkschaftsbund des Öffentlichen Dienstes: So kann es nicht sein. Dann gucken wir uns doch einmal an, was in den Kommunen passiert. Ich weiß, die haben nicht viel Geld. Wir haben in den Kindertagesstätten Standards, die darauf ausgerichtet sind, dass noch nicht einmal eine qualifizierte Person pro Gruppe da sein muss, sondern in kleineren Kindertagesstätten reicht die Leitung aus, die qualifiziert ist. Und dann reden wir über Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger. Und wenn dann noch Inklusion dazukommt, aus unserer Sicht darf es gar nicht mehr sein, dass wir dort Personal haben, das nur eine Grundausbildung hat. Das Personal muss auch entsprechend vergütet werden. Und wenn wir dann noch anfangen,

in Kindertagesstätten mit Eltern zur arbeiten, die dort mithelfen sollen, weil kein ausreichendes Personal oder nicht genug Geld für ausreichendes Personal da ist, dann können wir zwar alle sagen, wir reden nur über Zusatzleistungen und Zeit, aber die Realität sieht anders aus.

Ich gehe in andere Bereiche hinein, Inklusion habe ich schon angesprochen, auch in der Schule müssen inzwischen Eltern begleiten, weil das Geld für Schulbegleitungen nicht mehr da ist. Wir können dann weiter gehen in unseren Bereich, in den Seniorenbereich. Aber auch in den Bereich der Menschen, die zu uns kommen als Flüchtlinge und Asylanten. Da ist es oftmals so, dass Kommunen das Fachpersonal nicht mehr zur Verfügung haben und hochtraumatisierte Menschen werden betreut von Ehrenamtlichen. Ich finde das gut und top, dass die mit denen einkaufen gehen, dass die sich unterhalten, aber es kann nicht sein, dass eine qualifizierte Aufgabe, die staatlicherseits erfüllt werden muss, weil sie zum Teil auch hoheitlichen Charakter hat, aus finanziellen Gründen übertragen wird auf Ehrenamtliche. Da geht es auch um Qualifizierung, denn wir müssen auch sehen, dass wir diese ehrenamtlichen Menschen alleine lassen mit Aufgaben, die sie zwar gerne erledigen wollen, wofür sie aber überhaupt keine Ausbildung dafür haben. Die kriegen ja noch nicht mal eine Supervision. (Applaus) Und das ist die Gefahr, die wir hier sehen und der wir entgentreten wollen.

(Katja Weber)

Herr Schulze, wie würden Sie diese Grenzziehung setzen?

(Klaus-Dieter Schulze)

Ich kann das bestätigen, wie es eben besprochen wurde. Deshalb möchte ich einen kleinen Schritt weitergehen. Wir haben seinerzeit auf dem Bundeskongress die angemessene Würdigung des ehrenamtlichen Engagements inhaltlich verabschiedet. Ich sage das völlig ungeschützt: Wenn ich heute erlebe, wer alles das Bundesverdienstkreuz kriegt, dann frage ich mich: Hat es eine Krankenschwester oder eine von den Grünen Damen nicht eher verdient als dieser Personenkreis? Denn es gibt viele Dinge dabei, das habe ich jetzt aus eigener Erfahrung lernen dürfen, wo ich mir sage, das ist nichts für dich. Respekt vor denen, die diese Aufgabe machen! Natürlich kommt auch gerade eine Kommune um viele Dinge nicht herum, weil die finanziellen Mittel eben fehlen. Aber Sie haben gesagt, das ehrenamtliche Engagement ist zu fördern. Und dazu zählt für mich eine angemessene Aufwandsentschädigung, zumindest im Bereich der Kostenerstattung, wenn Telefonate oder Schriftsachen zu machen sind. Die spannende Frage wäre auch: Wie gehen wir mit diesem Personenkreis um, was Versicherungen betrifft? Sollte man für sie eine Versicherung abschließen? Es sind einige Beispiele genannt worden. Ich kenne auch sehr viele, die aufgrund von finanziellen Engpässen sagen: Ich habe Zeit, ich bin Rentner, ich bin fit, ich fahre mit als Zugbegleiter. Es sind viele gerade gesunde Rentner – das weiß man auch, dass die Leute heute fit sind, man kann zehn Jahre vom Alter im Ausweis abziehen, Gott sei Dank ist das so –, die gerne etwas machen würden. Ich kenne viele, auch aus meiner Region, die sagen: Wir machen mit den Schülern Unterricht. Ich habe die Zeit. Ich war Lehrer. Ich nutze mein Wissen dafür, den Leuten etwas beizubringen. Aufgabenhilfe. So dass ich sage, wenn dem so ist, und jemand hat Kosten, dann ist es immer noch günstiger, man zahlt einen kleinen Betrag, übernimmt vielleicht auch eine Versicherung, um eine Absicherung zu haben. Insofern denke ich: Ehrenamtliches Engagement ist nicht nur aus Kostengründen gut, sondern noch viel besser für den fitten

Rentner, er hat eine Aufgabe, er nimmt diese Aufgabe wahr und er macht es sehr gern und das finde ich wirklich ganz, ganz toll. Respekt davor!

(Katja Weber)

Ich würde gerne neben dem Ehrenamt noch einmal auf technische Assistenzsysteme zu sprechen kommen. Frau Möwisch hatte das gestern dargestellt. Wird bei Ihnen im Amt, Frau Peltzer, mit solchen Systemen gearbeitet, die ja, wenn sie ideal eingesetzt werden, dazu dienen sollen, Ihnen mehr Luft und mehr Zeit zu verschaffen?

(Claudia Peltzer)

Ich habe eben schon gesagt, dass bei uns alles in den Kinderschuhen steckt. Ich habe mit großem Interesse den Vortrag verfolgt. Ich habe zuerst gedacht: Assistenzsysteme – um Gottes Willen! Was meint sie damit? Ich bin so ein Mensch: Ich mag gerne das direkte Gespräch zur anderen Menschen, ich möchte gar nicht so sehr von technischen Hilfsmitteln abhängig sein. Dann habe ich mir Gedanken gemacht: Wie war es früher? Ich habe ein bisschen das Gefühl, ich bin doch konservativ und nicht so ganz modern. Da gab es diese Gemeindeschwestern, die überall hingegangen sind. Sie haben nach dem Rechten gesehen. Da habe ich gedacht: So etwas müsste wieder installiert werden. Das sind Leute, die sich kümmern können. Und dann habe ich das große Glück gehabt, gestern mit Frau Möwisch den Heimweg anzutreten, weil wir im selben Hotel waren und sie war so freundlich und hat mir dieses Assistenzsystem erklärt, näher gebracht. Und ich muss sagen, das ist bestimmt eine Möglichkeit, einiges zu erleichtern.

(Katja Weber)

In dem Einwand, den Sie formuliert haben, schwingt mit: Das Assistenzsystem ersetzt die Gemeindeschwester, ersetzt den persönlichen Kontakt. Ist das ein Vorbehalt, der Ihnen häufiger begegnet, diese Angst, dass der persönliche Kontakt zwischen Menschen ersetzt wird? Da wird etwas dazwischen geschaltet, das diesen Kontakt verhindert, statt ihn zu ermöglichen?

(Anja Möwisch)

Ich habe genauso angefangen wie Sie. Als ich das erste Mal mit diesen Thematiken vertraut war, da waren genau diese Vorbehalte da. Was ganz wichtig ist: Eine Technik kann nur unterstützen, sie kann niemals Personen ersetzen. Sie kann aber die personelle Arbeit effizienter machen, indem man die Technik als Erleichterung nimmt. Früher war es selbstverständlich, dass jemand einen Fahrer hatte. Noch in meiner Referendarzeit wurde ich zu Terminen gefahren. Wenn ich in verschiedenen Städten war, unter der Belastung, zu einem Termin pünktlich zu sein, dann gab es einen Fahrer. Heute wird das ersetzt. Wie viele haben ein Navigationsgerät und sagen: Da finde ich hin. Da würde ich auch nicht sagen: Ich bin so alt, dass ich ein technisches Assistenzsystem brauche. Viele Dinge, die für uns im täglichen Leben mittlerweile normal sind, sind Erleichterungen durch Technik, auf die wir auch gar nicht mehr verzichten wollen. Z. B. das Handy, es ist heute normal, irgendwelche Nachrichten darüber zu verschicken, Terminpläne zu verwalten, zu kommunizieren. Ich glaube, dass sich dieser Bereich immer weiter ausweiten wird. Als ich zu meiner Mutter gesagt habe: Technik, live im 1:1-Chat. Da hat sie mir auch erst einmal die rote Karte gezeigt und hat gesagt: Mädels, mit mir nicht. wenn ich heute sehe, dass sie

es absolut genial findet, online mit meinen Kindern Mühle zu spielen und wenn meine Tochter auf der Klassenfahrt Fotos macht, die sie sofort auf ihrem Rechner hat, dann sagt sie eigentlich immer nur: Mehr! Und sie will das Ding eigentlich gar nicht mehr hergeben.

(Katja Weber)

Wir müssen noch einmal betonen, das hat Frau Möwisch gestern auch ausgeführt, sie schaltet ihren Kindern in Hannover auch abends von Berlin aus den Fernseher aus, wenn sie meint, das reicht. (Lachen)

Ich war neulich bei einem Vortrag von Matthew Weiner, dem Erfinder von "Mad Men", der mir erzählt hat, seine Eltern haben zu Hause immer noch gefühlt beim Heimkommen: Ist die Röhre warm? Die Kinder haben dann runtergekühlt mit Handtüchern aus dem Eisfach. (Lachen) Da gibt es heute natürlich ganz andere Möglichkeiten. Von daher ist die Digitalisierung bei Ihnen offensichtlich auf einem guten Wege. Aber ich würde Herrn Pütz gerne noch einmal fragen: Demographischer Wandel – digitaler Wandel. Frau Möwisch sagt uns und belegt es mit einem Beispiel aus ihrer eigenen Familie: Ja, die Senioren haben da Lust drauf und sind weiter, als man gemeinhin annimmt. Ich wiederum muss sagen, in meinem Umfeld – ja, kenne ich auch. Ich kenne aber auch die andere Abteilung, wo das Fax immer noch die technische Innovation der letzten drei Jahrhunderte ist. Nur, wenn das Thermopapier im Fax leer ist, weiß die Dame nicht mehr: Wie geht es denn jetzt weiter? Wo kriege ich das her? Wie schätzen Sie das ein? Wie viele Leute sind bereit, diesen Schritt, sich zu vernetzen, mitzugehen?

(Heinz Pütz)

Ich glaube, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung wächst und man mehr und mehr beobachten kann, dass diese Vernetzung stattfindet. Man muss auch feststellen, dass viele Dinge des täglichen Lebens ohne diese Unterstützung überhaupt nicht mehr gehen. Ich denke, da ist ein Sensibilisieren erfolgt, auch, weil die Handhabung der Geräte immer einfacher wird. Da sehe ich schon die Bereitschaft. Es zeigt sich auch im täglichen Leben, das durch diese Vernetzung das Kommunizieren auch für uns als behinderte, als sinnesbehinderte Menschen viel einfacher geworden ist.

(Katja Weber)

Sehen Sie es dann auch als Ihren Job, als Behindertenbeauftragter oder Seniorenvertreter diese Möglichkeiten vorzustellen, dafür zu werben?

(Heinz Pütz)

Ja, das sehe ich schon so. Das muss dann auch, wie Frau Peltzer das gesagt hat, im Einklang mit der Politik und der Verwaltung geschehen.

(Katja Weber)

Das ist dann Ihr Stichwort, Frau Lühmann – im Einklang mit der Politik und Verwaltung.

(Kirsten Lühmann)

Politik ist klar, wir brauchen für diese Techniken ein vernünftiges Netz. Und wir brauchen es nicht in Berlin City, sondern auf dem flachen Land. Bei uns im Landkreis Uelzen, da ist

es noch flacher als in Celle. Warum? Der Vorteil dieser Technik ist, dass Menschen länger selbstbestimmt leben können. In Berlin ist es kein Problem, das mal eben jemand vorbeikommt. Denn sie hat dann in einem Haus gleich drei Termine, das ist sehr effizient zu machen. Wenn man aber auf dem flachen Land von dem einen Menschen zum anderen erst mal eine halbe Stunde fahren muss, dann ist das sehr schwierig. Und wenn ich den Menschen erkläre und sage: Wenn ihr diese Technik nutzen wollt, könnt ihr länger selbstbestimmt in eurer Wohnung leben. Der persönliche Kontakt gehört dazu. Wir reden jetzt über Überwachung: Hast du genug getrunken? Ist dein Kühlschrank noch voll? Da glaube ich, dass die Menschen das akzeptieren werden, auch wenn sie ein gewisses Ressentiment gegen Technik haben. Dazu müssen wir aber online in dieser Region stabil erreichbar sein. Es nutzt mir nichts, dass ich drei Stunden am Tag mit zwei Mbit zurande komme, diese Technik braucht mehr. Und das muss Politik leisten. Und dann haben wir das, was wir alle wollen, dass wir bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben können.

(Katja Weber)

Frau Lösekrug-Möller hat gestern sich und uns gefragt, wie die Rolle der Kommune bei der Pflege ausgebaut werden kann? Das wird sicherlich ein Baustein, haben Sie noch andere Ideen?

(Kirsten Lühmann)

Ich wünsche mir von Kommunen, dass sie offener werden. Wir haben natürlich Restriktionen in den Gesetzgebungen. Aber ich kenne Kommunen, die diese sehr intelligent auslegen. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel geben. Wir haben die Situation, dass jemand allein zu Hause wohnt, es gibt aber auch Menschen, die wollen das nicht mehr, weil sie mehr Kontakt wollen. Sie wollen aber auch nicht in das klassische Heim. Die Zwischenlösung wäre eine Wohngemeinschaft. Wohngemeinschaften sind aber von der heutigen Gesetzgebung her ein Zwischending, weil es das lange nicht gab, Wohngemeinschaften sind etwas für Studierende, für junge Leute und nicht für Senioren. Insofern sind wir mit der Gesetzgebung nicht darauf eingestellt. Da ist es auch die Aufgabe der Kommune, solche innovativen Wohnformen positiv zu begleiten. In der Kommune Eschede im Landkreis Celle ist das so. Was hat das für einen Vorteil? Die Bewohner haben ihren Privatraum, in den sie sich zurückziehen können. Sie haben aber auch Gemeinschaftsflächen wie Küche und Wohnzimmer. Es gibt kein Pflegepersonal, das für sie kocht oder saubermacht. Wenn sie wollen, können sie das buchen, wenn nicht, machen sie das selber. Es ist eine 24-Stunden-Betreuung über einen Pflegedienst, indem man alle Pflegestufen und alle Budgets, die es bei den Bewohnenden gibt, zusammenpackt. Dann hat man so viel Geld, dass man, in diesem Fall mit den Johannitern, einen Vertrag schließen konnte und 24 Stunden eine Person da ist, die sie in Anspruch nehmen können oder nicht. Es war sehr schwierig für die Kommune, dass mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen. Diese Kommune war sehr flexibel, sehr innovativ. Und wenn es vielleicht andere Ideen gibt, dann würde ich mir wünschen, dass die Kommune sie positiv unterstützt und nicht Gründe sucht, warum es nicht geht.

(Katja Weber)

Das ist ja eine Wohnform, die generell als modern gilt, also dass man gar nicht so viel Fläche zubaut mit großen Schlafzimmern und Kinderzimmern, sondern man kann schon fast sagen, dass man jetzt so wohnt. In jeder Wohnzeitschrift sehen Sie: Da ist der

Gemeinschaftsraum groß, da ist die Küche schon drin und die Rückzugsräume sind entsprechend kleiner, um die Fläche effektiv zu nutzen. Ich würde aber gern noch den Aspekt zu Ihrem Nebenmann geben und fragen: Sind das denn Wohnformen, die Sie den Menschen vermitteln können in Ihrer Funktion als Seniorenbeauftragter? Treffen Sie da auf offene Ohren, wenn Sie sagen: Leute, erstens WGs und zweitens technische Assistenzsysteme?

(Klaus-Dieter Schulze)

Wenn man die richtigen Vorbereitungen trifft, wäre es vermittelbar. Das andere, was angesprochen wurde, was Heime oder Einrichtungen generell betrifft, da habe ich mir die Mühe gemacht nachzuvollziehen, was überhaupt auf dem Markt wäre? Ich darf das noch ein Stück weit ergänzen. Es gibt mehrere Alternativen, einem direkten Seniorenheim aus dem Weg zu gehen, solange es möglich ist. Da bin ich auf ein so genanntes Mehrgenerationenhaus gestoßen. Da gibt es in Deutschland bereits 450 Einrichtungen. Da gibt es Fachpersonal, das sind Anlaufstellen für Menschen jeden Alters, sie bieten Kinderbetreuung, haben ein Café, ein Bistro, und sie schützen Senioren vor Vereinsamung. Dann gibt es so genannte Seniorengemeinschaften, Senioren, die im Alter nicht allein sein wollen, können in große Wohnungen, Häuser und Bauernhöfe ziehen. Rüstige Bewohner können aktiv mitgestalten. Sie leben gemeinsam, haben ein eigenes Zimmer, aber es gibt auch einen Gemeinschaftsraum, wo man sich zusammensetzen kann und das Schöne an dieser Einrichtung soll sein: Auch hier steht ein 24-stündiger Notdienst zur Verfügung. Und dann gibt es noch die Pflegewohngruppen. Das müssen mindestens drei Pflegebedürftige sein, die in einer Einrichtung selbstbestimmt zusammenleben, sie werden begleitet, wenn Hilfe und Pflege nötig sind, sie haben Anspruch auf Pflegegeld je nach der Pflegestufe. Und es können eigene Gegenstände mitgenommen werden. Die 24-Stunden-Pflege wurde schon erläutert. Dann gibt es noch die ambulante Pflege und sogar die Möglichkeit, in Gastfamilien zu leben. Das heißt, es gibt noch vieles, was dazwischen geschaltet werden kann, bevor ich in ein Alten- oder Pflegeheim ziehen muss.

(Katja Weber)

Das sind jetzt natürlich die Leuchtturmprojekte, die Sie beide angesprochen haben. Sie, Frau Lühmann haben auch gesagt, mit welchen großen Hürden das oft behaftet ist, wie man das oft schon gegen die Kommune durchsetzen muss. Ich weiß, Sie müssen sich schon die ganze Zeit bremsen und ziehen mich am Ärmel, ich wollte aber auch auf der Seite abfragen, wie die Erfahrungen sind. Wie schätzen Sie das ein, klar, wenn diese Sachen installiert sind –, Mehrgenerationenhäuser wachsen oft auf der Initiative der Leute, die das wollen, es ist selten so, dass die Kommune sagt: Hier ist der Baugrund, hier sind die Mittel und hier sind die Architekten mit Erfahrung bei diesem Thema.

(Anja Möwisch)

Ich freue mich sehr, dass Sie gerade die Wohngemeinschaft Eschede angesprochen haben, sie ist in einem zweijährigen Prozess bei uns auf dem Reißbrett, sage ich mal, entstanden. Die Finanzierungsverhandlungen sind bis zur letzten Instanz von mir geführt worden. Das ist wirklich einer der Leuchttürme, die wir hatten, wir haben es in der ersten Stufe in Oldenburg umgesetzt, haben dann die Vereinbarungen aus Oldenburg nach Eschede übertragen und ich freue mich, dass sie jetzt am Markt ist, und dass wir es

geschafft haben mit der Kommune Rahmenvereinbarungen zu geben, wo mir alle gesagt haben: Solche gibt es nicht. Und ich habe gesagt: Doch, die gesetzliche Basis ist da. Es ist verhandelt worden, und wir haben sie umgesetzt. Ich habe diesen zweijährigen Prozess in meiner Person mit allen Parteien, die dahinter standen, sehr aktiv begleitet, gestaltet, vertraglich umgesetzt. Dafür ist eigentlich eine Novellierung der Heimgesetze erforderlich. Das niedersächsische Heimgesetz war ein absolut bremsender Faktor, so dass wir lange Zeit unter der Oberfläche arbeiten mussten, um überhaupt so etwas zu konzipieren. Damit so etwas bundesweit möglich ist, brauchen wir noch ganz andere Impulse an die Landesheimgesetzgeber. Und damit es auch wirtschaftlich ist, muss es noch viel mehr liberalisiert werden. Solche Konzepte, dass auch mehrere Wohngemeinschaften in einem Haus möglich werden, würden solche Sachen sehr viel effizienter machen, für alle Seiten. Und ich glaube nicht, dass es die Selbstbestimmung der einzelnen Mitglieder der Wohngemeinschaft schwächen würde.

Ich freue mich, dass wir genau solche Projekte im Augenblick in Brandenburg verhandeln, da wurde mir gesagt: Niedersachsen ist weit weg, Frau Möwisch, lassen Sie uns in Ruhe. Und ich habe gesagt: Ich würde mich sehr freuen, wenn ich bundesweite Unterstützung hätte, solche Dinge in andere Bundesländer exportieren zu können. Es ist natürlich immer schon, wenn man den Kommunen sagen kann: So haben wir es verhandelt. So sieht es aus. So sind die Kalkulationen.

Ich fand es interessant, dass ich z. B. von den Pflegekassen für solche Wohnformen neulich hier in Brandenburg gesagt bekommen habe: Ach, Frau Möwisch, machen Sie doch lieber stationär. Das Wohngemeinschaftsmodell finden wir eigentlich gar nicht so schön. Dann habe ich gefragt: warum? – Wir können als Pflegekassen gar nicht mehr prüfen. Wir haben gar keine Prüfungskompetenz mehr, denn Sie sind ja selbstbestimmt. Dann habe ich gesagt: Den ambulanten Dienst in seiner Qualität können Sie genauso überprüfen und wir haben überhaupt kein Problem, dass eine Heimaufsicht dahingeht und einfach feststellt: Ist es ein Heim oder ist es kein Heim? Es ist doch von der Politik gewollt. Wir haben die Gesetze. Warum sind auf einmal solche Blockaden da? Und ich musste mich sehr rechtfertigen. Mir wurde gesagt: Sie haben so tolle Träger und jetzt leiten Sie die in die Ambulantisierung. Und ich sagte: Genau das ist Wunsch und Wille. – Nein, da sind wir dagegen.

Um es ganz klar zu sagen: Wir haben großen Gegenwind, es gibt viele Kommunen, die noch große Vorbehalte haben, solche Vereinbarungen abzuschließen, weil im Gesetzestext drin steht „kann“. Und da wird sagen viele: Es ist kein „Muss“. Genauso wie beim Gesamtversorgungsvertrag. Es steht ein „Kann“ drin und wenn nur Baden-Württemberg sagt, wir setzen es in Form eines Mustervertrages um, dann kommen die anderen Bundesländer und sagen: Wir brauchen das nicht. Da bräuchten wir deutlichere Statements und dass im Gesetz steht „muss“. Oder „soll“. Und wenn in den Richtlinien solche Umsetzungsempfehlungen, was finanzierbar ist, was realistisch ist, gegeben werden, vielleicht auch Empfehlungen für Personaleinsatzmöglichkeiten, wenn es etwas mehr als Leitlinien gäbe, dann wäre eine Umsetzung in der Praxis sehr viel einfacher. Ich sage hier mal: Die Johanniter sind eine sehr große und starke Organisation, die sich solche Piloten leisten kann. Kleinere, auch gemeinnützige Träger, die ich durchaus auch mal fördern möchte, können sich eine so lange Pilotierungsphase mit den Anlaufverlusten, die zu erwarten sind, faktisch nicht leisten. Und das finde ich schade. Von daher sollten vielmehr Träger motiviert werden, solche Projekte anzugehen. Dafür brauchen wir mehr Unterstützung, weil diese langen Zeiten im Augenblick für andere Träger kaum realisierbar

sind.

(Katja Weber)

Das ist jetzt wieder der lange Pass zu Ihnen, Frau Lühmann, der Appell an den Gesetzgeber, ein Verb auszutauschen mit der entsprechenden Lobbyarbeit, denn es geht ja auch um „Pfründe“, die woanders hin geschichtet werden sollen.

(Kirsten Lühmann)

Genau, und da haben Sie das Problem. Sie werden dabei Frau Lösekrug-Möller auf offene Ohren stoßen. Was mir nicht bekannt war, ist, dass auch die Versicherungen dagegen sind. Das ist mir neu, das nehme ich mit. Das ist ja noch eine neue Front, an der wir kämpfen dürfen.

Was Politik immer abschreckt ist die Frage der Haftung. Wir haben immer Angst, wenn wir eine Regelung verändern und es passiert dann irgendetwas, dass wir dann dafür die Verantwortung übertragen kriegen. Und ich finde das schade, gerade was das Thema Leben im Alter, Leben mit Behinderungen angeht, sollten wir innovativer und mutiger sein. Da müssten wir aber alle zusammen stehen, die Politik aufzufordern, mutiger zu sein. Und wenn dann mal etwas schiefgeht, muss man auch dahinter stehen und darf das nicht sofort skandalisieren. Denn das haben wir bei den Kommunen auch. Warum sind Kommunen denn so wenig mutig? Weil sie genau wissen: Wenn irgendeine Kleinigkeit passiert, stürzen sich alle auf sie, die Betroffenen, die Presse. Und dann wird irgendjemand gesucht, der angeblich Schuld hat. Unter so einem Klima können wir solche innovativen Sachen auch nicht verwirklichen.

(Anja Möwisch)

Ich möchte Ihnen eigentlich diesen Mut geben. Für mich heißt Selbstbestimmtheit auch, dass selbstbestimmt Risiken eingegangen werden. Und dazu müssen wir auch stehen. Ich möchte dazu ein Beispiel bringen: die Expertenstandards Dekubitusprophylaxe. Ich sage das mal so provozierend: Ich bin für Expertenstandards, das ist keine Frage, aber wenn ich damit ein Zwangsdrehen eines Rollmopses habe, dann geht das nicht mehr. Und wenn man sagt: Alle halbe Stunde muss ich gedreht werden und der MDK prüft, ob es 35 oder 38 Minuten sind und wirklich, ob ich auf dem Bauch essen muss, dann wird das aus meiner Sicht ein Standard, der in der Praxis nicht mehr den menschlichen Bedürfnissen gerecht wird.

Und genauso wie ich in einer Wohngemeinschaft auch sagen kann: Ich möchte bewusst Risiken eingehen, denn in meiner eigenen Wohnung werde ich auch nicht norm- und DIN-gerecht gepflegt, sondern ich bestimme selbst, was ich esse und ob ich davon dick oder dünn werde, das ist mein selbstbestimmtes Leben. Dann muss ich das auch in selbstbestimmten Wohngemeinschaften, oder in gewissem Maße auch in tränergesteuerten Wohngemeinschaften tun können. Denn dort sehe ich eine große Perspektive, dass man sagt: Die Selbstbestimmung wird hochgehalten. Das ist ganz wichtig. Aber: Viele Menschen, die selbstbestimmt einziehen, haben über einen dynamischen Gesundheitszustand auch ein gewisses Maß an Verlust der Selbstständigkeit. Das kann ersetzt werden, in dem Angehörige, Betreuer und Netzwerke, die Selbstbestimmung für einen ausüben. Aber wenn ein Träger eine bestimmte

Verantwortung für Qualität übernimmt, darf das nicht überspannt werden, sondern wir müssen auf die Bedürfnisse der Betroffenen Rücksicht nehmen und das heißt auch, dass das, was dokumentiert ist, welche Sachen gemacht werden sollen, auch in dieser Form umgesetzt wird. Von daher kann ich Sie nur motivieren. Ich halte auch die Haftungsmaßstäbe, die da gesetzt werden, in vielen Bereichen für zu hoch. Wir müssen immer sehen: Was wäre die Alternative? Ein Mensch, der in einer eigenen Wohnung ist, nicht mehr nach außen kommunizieren kann. Es sind viel größere Risiken und die Durchlässigkeit und die dynamische Entwicklung eines solchen Systems sollte unsere Zukunft sein.

(Katja Weber)

Jetzt reden wir über Risiken und über Innovationen. Herr Pütz, Herr Landsberg hat gestern eine Innovation vorgeschlagen. Er hat laut über eine Versicherung nachgedacht, mit der wir alle uns gegen Beeinträchtigungen im Alter absichern können. Als Idee, als Bestandteil der Pflegeversicherung. Halten Sie das für einen gangbaren Weg?

(Heinz Pütz)

Ich halte das, wenn das gut ausgeschmückt und nachvollziehbar ist, schon für einen gangbaren Weg, um die Angst vor den Risiken im Alter zu nehmen, die dann gegebenenfalls auch mit finanziellen Aspekten verbunden sind.

(Katja Weber)

Die Versicherung ist natürlich auch mit finanziellen Aspekten verbunden, weil ich nämlich in diese Versicherung einzahlen müsste. Damit wird es auch wieder ein gesellschaftliches Problem, vielleicht ist es unvermeidbar, aber es wird wieder zum Einzelnen gebracht. Sie haben sich sehr beschäftigt mit der Pflegeversicherung, Frau Möwisch.

(Anja Möwisch)

Ich denke, dass die private Vorsorge, in welcher Form ich für mein Alter vorsorge, den Menschen überlassen bleiben sollte. Aber das Bewusstsein, dass ich mein Geld nicht nur an meine Kinder vererben kann, sondern dass ich es vielleicht für mich selber im Alter brauche, um dieses Risiko abzusichern, halte ich für einen ganz wichtigen Faktor. Und das Problem ist, dass es nicht mehr überschaubar ist, welche Kosten in welchem Umfang auf mich zukommen und wie schlagartig solche Veränderungen zum Teil auch eintreten. Gerade wenn man z. B. im Bereich Schädelhirnverletzungen ist, die Anzahl der Ereignisse nimmt exponentiell zu. Es ist schlagartig, dass auf einmal ganze Familien davon betroffen sind, die kaum eine Möglichkeit haben, mit einer solchen Situation umzugehen. Für solche Risiken ist eine Versicherung sicherlich etwas Sinnvolles. Und es muss anerkannt werden, wenn private Vorsorge getroffen wird. Von daher wäre aus meiner Sicht eher die Frage, wenn ich Erben und Vererben steuerlich privilegieren, ob man die Menschen vielleicht motiviert, erst einmal für ihre eigene Vorsorge vorzulegen und das Thema Erbrecht, steuerliche Privilegierung des Vererbens und Verschenkens lieber zu Gunsten der eigenen Vorsorge eingesetzt werden sollte. Und dass man angeleitet wird, dass man die Risiken, die im Alter auf einen zukommen könnten, in der Notwendigkeit einer finanziellen Ausgestaltung transparenter macht.

(Katja Weber)

Frau Lühmann, wäre das etwas, womit Sie sich anfreunden könnten: Alterssicherung als Teil der Pflegeversicherung?

(Kirsten Lühmann)

Jetzt werden wir sehr politisch. Der Beamtenbund Tarifunion hat sich so damit noch nicht beschäftigt, aber womit wir uns beschäftigt haben, ist, wir haben gesagt: Wir möchten keine Zweiklassengesellschaft. Die Sozialversicherungen sind mal eingeführt worden, damit genau das nivelliert wird. Wir wissen alle, wir können nicht alles gleich machen. Das werden wir auch nicht schaffen. Aber die Frage, die sich stellt, ist: Solange ich bei meiner Rente eine Zusatzversicherung mache und entscheide: Möchte ich jetzt finanzieren, damit ich nachher vielleicht noch zusätzlich eine Lebensversicherung on top ausgezahlt bekomme und die Weltreise machen kann – dann habe ich keine Probleme damit. Aber wenn die Frage, wie ich im Alter versorgt werde, auf die private Entscheidung abgewälzt wird oder auch auf die Frage, wie viel verdiene ich, kann ich es mir leisten in einer Phase, wo ich zusätzlich noch Kinder aufziehen muss, die in der Ausbildung sind, dann die Entscheidung zu treffen, ich lege noch etwas zurück dafür oder ich tue es nicht. Und dass das die Auswirkung hat, dass es im Alter Menschen gibt, die eine Deluxe-Pflege haben oder wenn sie plötzlich pflegebedürftig werden, alles bekommen, was sie brauchen. Und andere, die die Entscheidung aus welchen Gründen auch immer anders gefällt haben, dann da stehen und mit einer Grundversorgung leben müssen und die Angehörigen werden mit einbezogen in die Finanzierung – damit habe ich ein Problem.

Also ja – ich bin der Meinung, darum hat diese Regierung die Beiträge für die Pflegeversicherung auch angenommen, weil wir sehen, dass wir den Standard, den wir eigentlich erwartet haben, mit den jetzigen Beiträgen nicht halten können – das finde ich richtig. Dann aber bitte für alle. Wir reden hier über unsere Vorstellung als Gesellschaft zu der Frage: Wie möchte ich im Alter leben? Selbstbestimmt, möglichst weit mit persönlicher Ansprache, technische Assistenz. Für diese Übereinkunft muss das Geld da sein. Für alle. Und wenn es irgendetwas gibt, das ich noch on top haben will, die 24-Stunden-Schwester, die am Bett steht und mir mein Händchen hält, wenn ich dafür eine Zusatzversicherung abschließe – sehr gerne. Aber für diesen Grundkonsens der Gesellschaft, wie wollen wir im Alter leben, kann es nicht sein, dass ich privat vorsorge. Das ist eine Solidaraufgabe als Pflichtversicherung oder gar nicht. (Applaus)

(Katja Weber)

Ich würde an dieser Stelle gern das Podium auch wieder freigegeben für Sie, da jetzt Resonanz kam, haben Sie vielleicht Fragen zum Thema: Wie lässt sich so eine Versicherung regeln, die solidarisch ist, dennoch Spielraum gewährt. Vielleicht haben Sie zu ganz anderen Aspekten, die wir besprochen haben, eine Anmerkung.

(Sprecherwechsel)

Zuallererst wollte ich das unterstreichen, was Sie gerade gesagt haben: Man kann das nicht privatisieren. Dann haben wir Leute, die sind deluxe versorgt und Leute, die gucken in die Röhre.

Ein Gedanke ist mir gekommen im Laufe der Diskussion, es fielen Begriffe wie Leichte Sprache. Das habe ich zum ersten Mal hier gehört. Und da ist mir aufgefallen: Wir diskutieren hier über Behindertenpolitik und die „richtige“ Politik. Jetzt ist die Frage, ob es da nicht letztlich auch Übergänge gibt oder ob die Behindertenpolitik Türen aufmachen kann, die auch anderen, die nicht diesen Ausweis haben, zugutekommen können. Das ist mir bei der Leichten Sprache besonders aufgefallen, 95 % der Bevölkerung kommen nicht mit Behördenformularen zurecht. Oder ein anderes Beispiel, was der Kollege gesagt hat, die Sache mit dem Zugang zum Sozialamt, dass der nicht behindertengerecht ist, ich habe das Gefühl, dass da auch Leute, die keinen Ausweis haben, da nicht gerne lang gehen und Angst haben, sich den Knöchel zu verstauchen. Es gibt viele Bereiche in unserer Gesellschaft, wo Erleichterungen für alle sinnvoll sind und die dann Behinderten besonders zugutekommen. Ich wollte das in einen allgemeinerpolitischen Rahmen einordnen. Es ist so: Wir leben in einer Gesellschaft der Fitten, Jungen und Starken. Bist du nicht fit und kannst nicht für dich selber sorgen, dann bist du kein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft. Und das gilt auch für Nichtbehinderte. Da kann diese Politik Türen öffnen, dass man insgesamt diese Gesellschaft ein bisschen solidarischer macht.

(Katja Weber)

Ich würde das gern an Herrn Schulz und Frau Lühmann weiterreichen, ich denke, sie werden Ihnen zustimmen. Na klar, von einem vereinfachten Zugang zum Amt profitiere ich auch in dem Moment, wo ich mit einem Kinderwagen unterwegs bin oder mit einem großen Koffer. Sehen Sie das auch so, dass das ein Türöffner ist für das, was mal der größte Teil der Gesellschaft sein wird, nämlich die Alten, die in irgendeiner Weise eine Beeinträchtigung haben?

(Kirsten Lühmann)

Ich fand Ihren Aspekt der Solidarisierung der Gesellschaft sehr schön. Und ich sehe das auch so. Die UN-Behindertenrechtskonvention bietet uns einen Türöffner dafür. Wir müssen nur Verbindungen schaffen. Die Eltern mit dem Kinderwagen sind das Klassische. Wenn Sie sich Barrierefreiheit an den Bahnhöfen anschauen, höhengleiche Einstiege in Busse – das ist alles passiert aufgrund der Behindertenrechtskonvention. Und wem nutzt es? Fast jedem. Eltern mit Kinderwagen, Kleinkinder, die noch nicht so gut laufen können, Menschen, die mobilitätseingeschränkt sind, ohne dass der Terminus „Behinderung“ auf sie zutrifft. Aber die solidarisieren sich noch nicht genug. Das fängt jetzt gerade an, dass sich z. B. Familienverbände mit Verbänden für Menschen mit Behinderung solidarisieren, weil sie sehen, dass sie das gleiche Ziel haben und das nach vorne treiben. Da müssen wir nur noch weiter machen.

(Klaus-Dieter Schulze)

Nur noch einen kurzen Satz dazu. Es ist nur eine Kleinigkeit, wir hatten es gestern schon gesagt: Die Absenkung der Bürgersteige, Klopfschienen bei Ampelanlagen, was in Großstädten hin und wieder der Fall ist, aber in kleineren und mittleren Städten, in ländlichen Strukturen überhaupt nicht. Was mich selber auch schon stört und worüber so viele Leute klagen: Die Schriftgrößen der Fahrpläne bei Bussen und bei der Bahn. Da muss man nicht behindert sein, mit zunehmendem Alter kann man vieles nicht erkennen. Ich stehe da manchmal auch und gucke. Das heißt, ob behindert, alt oder jung, es gibt immer Dinge, die irgendjemand irgendwann mal braucht, und da kann nichts gut genug

sein, denn die Probleme sind da, unabhängig vom Alter und von einer Behinderung. Es wäre schön, wenn vieles einfacher wäre. Für mich ist es noch relatives Neuland, ich habe auch nicht daran geglaubt, dass das Alter auf mich zukäme, und heute freue ich mich über jede Erleichterung. Wir stehen am Anfang, aber ich freue mich darüber, auch über diesen Kongress, dass man immer step by step weiterkommt. Jeder, der hier ist, weiß: Wir können die Weltgeschichte nicht von heute auf morgen umschreiben. Die Illusion habe ich auch nicht. Viele Dinge können nur mittelfristig und langfristig verändert werden. Aber wir haben einen Fuß in der Tür, der Einstieg wäre da und an diesen Dingen müssen wir gemeinsam weiter arbeiten, in den Kommunen, den Kreisen, im Land und im Bund. Und wenn das gelingt, dann können wir sagen, wir haben dazu beigetragen, dass Bewegung reingekommen ist. Und das ist die wichtige Botschaft, die wir alle heute mitnehmen sollten. (Applaus)

(Sprecherwechsel)

Mein Name ist Max Schindlbeck, ich bin so wie Klaus-Dieter Schulze stellvertretender Bundesvorsitzender der dbb Seniorenvertretung. Ich habe zwei Anmerkungen, die hier noch nicht zur Sprache gekommen sind, die aber mit Sicherheit mit der Thematik Alter, Behinderung und Pflegebedürftigkeit zu tun haben. Zum einen möchte ich auf den Aspekt der technischen Assistenzsysteme eingehen. Und da drückt mich das Gewissen – Datenschutz. Das Thema Datenschutz ist überhaupt noch nicht angesprochen worden. Ich habe immer schon ein schlechtes Gewissen, wenn ich im Auto das Navi einschalte, denn dann kann die NSA und jeder nachvollziehen, wo ich bin, was ich mache. Bei aller Euphorie in Bezug auf technische Assistenzsysteme sollten wir das Thema Datenschutz nicht vergessen.

Punkt zwei: Wir wissen, dass es Unterschiede zwischen Alter und Behinderung gibt. Es ist gesagt worden, Behinderte sind nicht immer alt und Senioren sind nicht immer behindert. Aber, und als Lehrer sage ich, Stichwort Mengenlehre, es gibt eine große Schnittmenge. Und diese Schnittmenge möchte ich in einem Punkt konkretisieren: Ich habe in meiner Nachbarschaft zwei Pflegeheime. Das eine Pflegeheim ist angeschlossen an ein Behindertenzentrum. Und das andere Pflegeheim ist ein „normales“ Pflegeheim. Die Insassen dieses Pflegeheims bei dem einen und bei dem anderen haben aber im wesentlichen ähnliche Probleme und Einschränkungen. Aber was ist jetzt die Konsequenz? Die Pflegekräfte, die in dem Heim sind, das der Behinderteneinrichtung angeschlossen ist, kriegen wesentlich mehr Pflegezeiten und können nicht nur die Grundversorgung machen, also waschen und füttern, sondern können sich auch noch intensiv mit den Heimbewohnern befassen, was absolut sinnvoll ist. Sie sprechen mit ihnen, sie machen Spiele und und und. Ich habe einige Bekannte, die vom „normalen“ Pflegeheim zum Pflegeheim, das der Behinderteneinrichtung angeschlossen ist, gewechselt haben.

(Katja Weber)

Würden Sie dafür plädieren, dass die Senioren sich auch als Behinderte deklarieren?

(Sprecherwechsel)

Nein, nein. Ich würde die Politik sehr dringend darum bitten, auch diesen Heimen mehr Zeit zu geben, so dass eine sinnvolle Pflege möglich ist. Ich finde es gut, dass diese Zeit

für behinderte Senioren da ist, aber ich bitte auch darum, diesen Aspekt mit ins Kalkül zu ziehen und mehr Pflegezeit den Kräften in „normalen“ Pflegeheim zu geben.

(Katja Weber)

Wobei natürlich genau diese Termini „normal“ – „anormal“ – die „Insassen“ klingt auch eher nach Verknastung als nach selbstbestimmten Leben –, ich glaube, beide Aspekte wären etwas für Sie. Wie machen wir das mit der Bemessung der Zeit? Wir sind wieder bei der Ressource Zeit. Unterm Strich sind die Menschen in dem Heim, wo Kräfte da sind, die auf Behinderung spezialisiert sind, besser dran als die in dem anderen Heim, obwohl die Einschränkungen vielleicht vergleichbar sind.

(Anja Möwisch)

Ich würde gerne differenzieren, wie es dazu kommt. Die Personalmenge kann eine Einrichtung nicht frei bestimmen, sondern sie richtet sich nach den Personalschlüsseln, die im Landesrahmenvertrag vorgesehen sind. Dort sind meistens Korridore vorgesehen und sie werden in den einzelnen Pflegesatzverhandlungen als Teil der Vergütungsvereinbarung vereinbart. Jetzt ist bei Einrichtungen der Behindertenhilfe nach SGB XII ein anderer Personalschlüssel dahinter als im SGB XI. Das ist etwas, was ich aufgrund der unterschiedlichen Leistungsbedarf teilweise für nachvollziehbar halte. Man muss eben sehen: Wenn ich zwei Einrichtungen mit unterschiedlichen Personalschlüsseln habe, kommt das daher, dass eine Einrichtung vielleicht eine tarifgebundene ist und die andere nicht, weil in der so genannten zweiten Stufe, im Ergebnis gekuckt wird: Sind die Entgelte vergleichbar? Und wenn ich ähnliche Entgelte erzielen muss und die eine tarifgebunden ist, heißt das faktisch, die Personalmenge ist in der Regel geringer. Ich führe mittlerweile so ein Verfahren beim Landessozialgericht. Ich fordere zum ersten, dass die Unternehmen im Rahmen der Korridore der Landesrahmenverträge eine Gestaltungsfreiheit haben zu sagen: Ich möchte mehr Personal einsetzen, weil es für unsere Pflegebedürftigen und deren Bedarfe in dieser Einrichtung notwendig ist. Wir haben z. B. in Mecklenburg-Vorpommern die schlechtesten Personalschlüssel. Warum? Weil die Kostenträger die Personalschlüssel diktieren. Wir haben einen Korridor im Rahmenvertrag. Wenn ich mit einer Einrichtung, dort mit einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung, sage, wir brauchen mehr Personal, sagen mir die Kostenträger: Mehr Personal bekommt ihr nicht. Obwohl es im Landesrahmenvertrag vorgesehen ist. Da sage ich: Ich brauche eine Klarstellung vom Gesetzgeber, wie viel Personal darf ich einsetzen?

Das ist der erste Punkt. Den zweiten Punkt, den ich gern noch einmal thematisieren möchte. Sie haben das sehr gut mit der Schnittmenge gesagt. Ich stelle mir häufiger die Frage: Wo ist der Unterschied zwischen Pflegebedürftigkeit und Behinderung? Ich möchte nicht von der bisherigen Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs ausgehen, sondern von den Entwicklungen, die da sind. Und wenn ich dann sage, eine Pflegebedürftigkeit heißt, ich habe eine Einschränkung, so dass ich nicht mehr selbstbestimmt leben kann und ich habe einen Unterstützungsbedarf. Wenn ich in der Hinsicht eine Pflegebedürftigkeit weiter definieren will, solche Dinge sind durchaus in der Diskussion, dann komme ich sehr nah an einen Begriff, den ich auch für die behinderten Menschen durchaus verwendbar machen könnte. Und wenn ich jetzt so weitergehe, dass viele Einrichtungen beide Klientel versorgen, wenn Sie mal versuchen für einen Menschen, der im Alter von 40 Jahren pflegebedürftig ist, eine Einrichtung oder eine Wohnform zu finden, dann haben Sie eine fast unlösbare Aufgabe. Jetzt komme ich zu einer WG, die ich seit Jahren versuche ans

Netz zu kriegen, das ist richtig schwierig, da geht es darum, dass Menschen, die von Geburt an oder seit ihrer Jugend behindert sind, in ein Alter kommen, wo sie ausziehen möchten, die Eltern sagen, sie sind jetzt 20+ und sie möchten ihre „Jugendlichen“ versorgt wissen. Versuchen Sie mal, da etwas zu finden. Kurzzeitpflegen werden in Alten- und Senioreneinrichtungen durchgeführt. Es gibt gar keine Einrichtungen dafür. Wenn wir mit Auslastungsquoten von 98 % angehen müssen, dann haben wir gar keine Kurzzeit- oder Verhinderungsplätze. Wenn wir aber 98 % stationär ausfüllen müssen, dann funktioniert es gar nicht. Da könnte ich jetzt gerne Stunde lang referieren.

(Katja Weber)

Mit Blick auf die Uhr wird das nicht möglich sein. Ich würde jetzt gerne auch diesen Faden durchschneiden. Jetzt würde ich gerne den Datenschutz noch einmal zu Ihnen spielen. Das ist natürlich klar: Die Autonomie wird gestärkt und gleichzeitig fallen Daten an. Wer hat auf die Zugriff?

(Kirsten Lühmann)

Das werden wir definieren. Ich hätte übrigens ein Beispiel für Ihr Problem, wie man das lösen könnte, aber das sind wieder nur einzelne Leuchttürme.

Sie haben gesagt, Sie haben ein schlechtes Gewissen, wenn Sie Ihr Navi anschalten. Haben Sie auch ein schlechtes Gewissen, wenn Sie morgens Ihr Handy anschalten? Denn in dem Moment, wo Sie Ihr Handy anschalten, haben Sie alles von sich preisgegeben. Haben Sie das, wenn Sie Ihren Computer anschalten? In dem Moment, wo Sie Ihren Computer anschalten, wo Sie eine Suchmaschine nutzen, egal welche, werden alle Daten, die Sie dort preisgeben, jede Seite, die Sie aufmachen, wie lange Sie auf dieser Seite waren, gespeichert. Fragen Sie sich doch mal, warum Sie bei Google die bestimmten Werbeanzeigen bei Google kriegen? Es ist kein Zufall. Google gibt Ihnen diese Werbeanzeigen, die sie aus Ihren vergangenen Suchen extrahiert haben. Das sind Profile, die von Ihnen angelegt werden. Das sind wir auch politisch auf dem Weg, Google in diesen Rechten zu beschneiden. Aber das haben wir alles. Und jetzt stellen wir uns die Frage: Was für innovative Dinge das sind, die Möglichkeit, dass ich Formulare für Kommunen online ausfüllen kann, dass ich nicht mehr zum Amt hin muss. Oder die Frage, dass ich technische Assistenz annehme für den Vorteil, dass ich länger selbstbestimmt und autonom leben kann. Oder eCall, ein System, das nach dem Unfall automatisch einen Notruf loslässt und den Rettungswagen die entscheidenden fünf Minuten früher da sein lässt, die oft über Leben und Tod entscheiden können. Wenn wir uns über Datenschutz aufregen, dann lassen Sie uns über Google aufregen und nicht darüber, dass ich freiwillig – eCall ist freiwillig, technische Assistenz ist freiwillig, die Frage, ob ich ein Formular online ausfülle oder nicht, ist freiwillig, wir werden darauf achten, dass das immer freiwillig bleibt und niemals verpflichtend ist. (Applaus) Aber wenn ich über die Risiken aufkläre –

(Katja Weber)

Noch einmal zugespitzt nachgefragt: Die freiwilligen Angebote bezahle ich mit meinen Daten? Ist das dann der Deal?

(Kirsten Lühmann)

Nein, das ist nicht der Deal. Bleiben wir mal bei dem Online-Formular. Wenn Sie eine Meldung zum Einwohnermeldeamt online machen, und nicht persönlich, dann kriegt nicht der Bürgermeister die Daten zu sehen, nicht das Sozialamt, sondern nur das Einwohnermeldeamt, genau so, als ob Sie persönlich dorthin gehen. Aber wenn Sie mich jetzt fragen, ob das 100 % sicher ist, dann sage ich Ihnen: Nein. Alles, was Sie online machen, ist unsicher. Denn es gibt im Moment kein System, das hundertprozentig sicher ist. Sie kommen bei der Bundespolizei in die Daten, wenn Sie das wollen, wenn Sie genug kriminelle Energie haben, Sie kommen bei der Regierung rein, Sie kommen überall rein. Nur die Frage, die wir und stellen, ist: Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass meine Daten abgefangen werden? Die ist relativ gering. Und was für einen Vorteil habe ich dadurch an Lebensqualität? Und das muss jede Person für sich selber entscheiden: Wie hoch ist das Risiko? Wie ist die Lebensqualität? Die Politik und die Technik werden Ihnen keine hundertprozentige Sicherheit bieten, aber wir können sicherstellen, dass die Daten nur der sieht, der sie sehen darf. Das haben wir sichergestellt. Das ist nicht neu.

(Katja Weber)

Ich glaube nicht, dass ich in irgendeiner Weise befähigt bin, diese Diskussion zusammenzufassen. Das kann die Diskussion auch nicht leisten, dass Sie jetzt das volle Bild haben. Das war ein Blick in den Instrumenten Koffer, ein Blick auf Ideen, die sich entwickeln werden, weil wir uns drum kümmern, oder die sich nicht entwickelt werden, weil wir es bleiben lassen. Das letzte Wort zu sprechen hat jetzt Herr Pütz, Herr Pütz, ich beneide Sie nicht, bin aber gespannt.

(Heinz Pütz)

Ja – das letzte Wort. Der Bundesvorsitzende hat gestern bei seiner Begrüßung das Wort Kirchenlatein in den Mund genommen. Ich hatte mir im Vorfeld überlegt, was sagst du denn zum Schluss? Und ich bin von dem, wie ich anfangen wollte, ein bisschen abgerückt, und nachdem Klaus Dauderstädt gestern mir die Vorlage gegeben hat, habe ich überlegt, dann kannst du da einen ähnlichen Vergleich bringen, was die Bedeutung der AG und das Schlusswort angeht.

Man denkt vor dem Hintergrund des Personalmangels in der katholischen Kirche – da fehlt es so an Klerikern – über die Stellung des Diakons nach. Den Diakon erkennen Sie übrigens daran, wenn er neben dem Priester steht, dass er die Stola von links nach rechts trägt. Und da denkt man über die Bedeutung nach, auch über die Kompetenz. Aber eigentlich hat er eine ganz wichtige Kompetenz, nämlich: Am Ende eines Gottesdienstes entlässt er die Leute in Ehren. Also er hat das letzte Wort. Das wird oft unterschätzt. Heute habe ich als Vorsitzender der AG das letzte Wort und möchte allen danken, die an diesem Forum heute und gestern teilgenommen haben. Das seid ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Fachfrauen und Fachmänner, aus dem Bereich der Schwerbehindertenvertretungen, aus dem Bereich der Personalräte und darüber hinaus.

Danke aber auch an die Referenten, die uns in so beeindruckender Weise in den Fachvorträgen und in den Podiumsdiskussionen Dinge näher gebracht haben. Da wird sicher Herr Fiedler herausragen, der uns die Behindertenpolitik der Stadt Wetter näher gebracht hat, der leitende Richter beim Sozialgericht heute Morgen, natürlich auch die Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele und darüber hinaus.

Ich glaube, dieses Forum, bei dem verstärkt über die Kommunalpolitik diskutiert wurde, hat uns gezeigt, dass der dbb einen Treffer ins Schwarze gelandet hat. Wir haben nämlich ein Thema herausgegriffen, das sehr wichtig ist, nicht nur für die Schwerbehindertenvertretungen und Personalräte, sondern vieles von dem, was wir gestern und heute hier gehört haben, hat unseren Blick geschärft oder auch verändert. Und dafür möchte ich auch den Organisatoren dieses Forums Dank sagen, insbesondere den Damen und Herren, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsbereich 4, die dieses Forum vorbereitet, mit durchgeführt haben und auch nach bereiten werden.

Und ich möchte noch einmal auf die Podiumsdiskussion mit den sozialpolitischen Sprechern gestern zurückkommen. Es ist auch deutlich geworden, wo die Probleme der Schwerbehindertenvertretungen liegen, in der deutlichen Verbesserung der Rechtsstellung und wir werden in der AG Behindertenpolitik in unserer nächsten Sitzung nicht nur dieses Forum aufarbeiten und eine Nachlese machen, wir werden auch den Uwe Schummer beim Wort nehmen und sagen: Ja, lieber Herr Schummer, dann holt uns als dbb bitte mit ins Boot, wenn es darum geht, Gesetzesänderungen im Sinne einer deutlichen Verbesserung der Arbeit der Schwerbehindertenvertretung zu initiieren. Das ist politisch gewollt, da wollen wir mitgestalten. Da haben wir auch ein Recht uns einzubringen. Und das werden wir tun.

Danken möchte ich natürlich unserer Moderatorin, die in hervorragender Weise und schon wie in der Vergangenheit beim 1. und 2., und jetzt auch beim 3. Forum durch das Programm geführt, moderiert und durch sehr viele sachkundige Fragen begleitet hat. Alle guten Dinge sind nicht nur drei, deshalb hoffe ich, dass wir uns in einem 4. oder 5. Forum wiedertreffen und wir wieder auf Ihre fachkompetente Art der Moderation zurückgreifen können!

(Katja Weber)  
Da hätte ich nichts dagegen (Lachen)

(Heinz Pütz)  
Schön. (Applaus) Aber – sie hat für uns auch einen besonderen Tag geopfert. Sie hat heute Geburtstag. (Applaus) Dazu gratuliere ich Ihnen recht herzlich, ich möchte Ihnen gern im Namen aller diesen Blumenstrauß überreichen und für das neue Lebensjahr alles Gute wünschen.

(Katja Weber)  
Herzlichen Dank! (Lachen) (Applaus)

(Heinz Pütz)  
Ich bleibe mal beim Danken. Man sagt bei uns: Wer kommt in der Oktav', ist brav. Gestern hatten wir auch ein Geburtstagskind, das Geburtstagskind konnte gestern nicht unter uns sein, aber heute ist sie hier und hat unsere Diskussion heute Morgen bereichert. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann hatte gestern Geburtstag. (Applaus) Auch hier gratuliere ich herzlich zum Geburtstag und auch dir darf ich ein Blumensträußen überreichen.

So, wir haben noch mehr Blumen. Jede Menge. Ich hatte eben von der Organisation gesprochen, vor dem Forum, während des Forums und nach dem Forum. Da geht mein Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Geschäftsbereich 4, dem Abteilungsleiter Stefan Czogalla, aber insbesondere auch an den Kollegen Krzywanek und an die Kollegin Claudia Ostermann. Die Claudia ist immer arg bescheiden, aber du bekommst auch ein Blümchen. Das hast du stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsbereich verdient. Claudia, wo bist du? Komm mal zu mir. (Applaus) Dann darf ich dir stellvertretend für die übrigen Kollegen ein Blumensträußen überreichen mit einem herzlichen Dank für die Unterstützung vor, während und nach dem Forum. Vielen Dank, Claudia. (Applaus)

Es ist auch immer wieder schön, dass wir bei unseren Sitzungen durch unsere Paten, durch die Kollegin Lühmann und den Kollegen Stich, immer so gut betreut werden. Und dass auch die Sitzungen der AG Behindertenpolitik durch den Geschäftsbereich 4 immer so gut vorbereitet werden. Da hat sich in den Jahren auch ein persönliches Verhältnis entwickelt und es ist einfach schön und gut für unsere Arbeit, dass dieses zwischenmenschliche Verhältnis so gut funktioniert und auch für unsere Arbeit wichtig ist, denn als Menschen mit Behinderung brauchen wir solche Partner, auf die wir uns verlassen können und die mit uns den Gedanken der Inklusion leben. Dankeschön. (Applaus)

Danke möchte ich auch den beiden Schriftdolmetscherinnen, die hier zwei Tage hervorragende Arbeit geleistet haben, um Behinderung auszugleichen. Da werde ich die Blümchen gleich überreichen. Vielen Dank meine Damen an Sie für die nicht leichte Arbeit und für die tolle Konzentration während dieser beiden Tage, um Menschen, die hörbehindert oder gehörlos sind, diese Dinge, über die gesprochen wurde, nahe zu bringen. (Applaus)

Jetzt entlasse ich Sie in Ehren, ich wünsche Ihnen für den bereitgestellten Mittagsimbiss guten Appetit, ich wünsche Ihnen, wohin der Weg Sie heute auch führen mag, einen guten Weg nach Hause, eine gute Zeit! Und ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit alles Gute und weiterhin viel Ausdauer. Tanzen Sie in den Wonnemonat Mai, feiern Sie schön und ich hoffe, dass wir uns spätestens in zwei Jahren gesund und munter hier im dbb Forum mit neuen Themen wiedertreffen. Vielen Dank. Die Veranstaltung ist geschlossen (Applaus)